

Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge: Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und erwartete Absicherung im Alter

Bulmahn, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bulmahn, T. (2002). *Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge: Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und erwartete Absicherung im Alter*. (Veröffentlichung / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung, 02-403). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-112883>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

ISSN 1615 - 7540

FS III 02 - 403

Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge

Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und
erwartete Absicherung im Alter

Thomas Bulmahn

September 2002

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50, D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25491 - 0

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen Analysen zur Verbreitung der privaten Altersvorsorge, zur Vorsorgebereitschaft und zur erwarteten Absicherung im Alter. Die vorliegende Studie basiert auf zwei repräsentativen Bevölkerungsbefragungen: den Wohlfahrtssurveys der Jahre 1998 und 2001. Die Untersuchungen zeigen unter anderem, daß jeder zweite Bundesbürger (im Alter von 30 bis unter 60 Jahre) bereit ist, privat vorzusorgen, daß zwei Drittel über eine private Altersvorsorge verfügen, daß immer mehr Bürger privat vorsorgen und daß nur wenige erwarten, im Alter gut abgesichert zu sein. Es wird auch deutlich, daß viele, die eine zusätzliche private Altersvorsorge dringend benötigen, sich diese nicht leisten können. Sie sind im Alter von Unterversorgung und Armut bedroht. Die staatliche Förderung gemäß Altersvermögensgesetz (AVmG) wird an dieser Tatsache nichts ändern, weil die festgelegten Zulagen zum Aufbau einer privaten Altersvorsorge viel zu gering sind, um Geringverdienenden eine wirksame finanzielle Unterstützung zu sein. Die Förderrichtlinien müssen deshalb grundlegend reformiert werden: Erstens sollten nur diejenigen staatliche Beihilfen erhalten, die allein nicht in der Lage sind, eine zusätzliche private Altersvorsorge aufzubauen. Zweitens müssen die Zulagen für diesen Personenkreis deutlich erhöht werden.

Abstract

Up to now the response to the "Riester pension-scheme" is rather low. And banks and insurance companies are disillusioned. Nevertheless, there is no reason for this, more and more people are providing for old age on a private basis, and the determination to do even more in the future is amazingly high. But the problems lie elsewhere: unfortunately those who are most in need of additional private provision for old age cannot afford it. In November 2001, the time of the latest survey, two thirds of all persons in the age bracket from 30 to less than 60 years had already provided for old age on a private basis. In comparison with the survey of 1998, their number had risen by 14 percent. Given the short period of time of merely three years, this rise is quite significant. But the arrangement of private provision for old age is developing differently among the social strata. Whereas some groups were able to raise their percentage, others were not able to do so. These differences mainly derive from financial difficulties. The fact that two thirds of the unskilled and semi-skilled workers do not provide for old age on a private basis is of high socio-political relevance. From earlier surveys we know that it is these workers who seldom get a company pension. For these persons, the problems of deficits in old age provision and higher risk of old age poverty are adding up.

Inhalt

1	Privatisierung der Altersvorsorge - Chancen und Risiken	3
2	Anmerkungen zur Rentenreform 2001	7
2.1	Ziele der Rentenreform 2001	7
2.2	Erwartungen, Erfahrungen und Prognosen	10
3	Forschungsfragen und Hypothesen	12
4	Datenbasis	14
5	Ergebnisse	15
5.1	Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge	15
5.2	Grundsätzliche Bereitschaft zur privaten Vorsorge	18
5.3	Erwartete Absicherung im Alter	20
5.4	Überprüfung und Optimierung des Kausalmodells	22
5.5	Einkommensniveau und Vorsorgebereitschaft als Determinanten des Besitzes einer privaten Altersvorsorge	24
6	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	28
7	Schlußfolgerungen	30
	Literaturverzeichnis	31
	Anhang	36
A.1	Methodische Anmerkungen zur Erhebung des Wohlfahrtssurveys	36
A.1.1	Wohlfahrtssurvey 1998	36
A.1.2	Wohlfahrtssurvey Trend 2001	37
A.2	Wortlaut der Fragen im Wohlfahrtssurvey Trend 2001	38

1 Privatisierung der Altersvorsorge - Chancen und Risiken*

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist in den letzten Jahren immer stärker unter Reformdruck geraten. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Abnahme des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens, die demographische Alterung der Gesellschaft und nicht zuletzt die Kosten der deutschen Einheit haben die GRV an die Grenzen der Finanzierbarkeit geraten lassen.¹ Das Vertrauen der Bürger in die Sicherheitsgarantien des Sozialstaates hat ein alarmierend geringes Niveau erreicht (vgl. u. a. Pitschas 1995; Föste/Janßen 1997; Deutsches Institut für Altersvorsorge 2002).²

Um Stabilität und Vertrauen wiederzugewinnen, müssen die auf Leistungserweiterung und Niveauerhöhung programmierten Systeme der sozialen Sicherung grundlegend reformiert werden. Weitere erhebliche Leistungseinschränkungen werden in diesem Zusammenhang nicht mehr ausgeschlossen; sie werden von vielen sogar als unverzichtbares Element derartiger Reformen angesehen.³ Um Unterversorgung und Armut im Alter zu vermeiden, müssen die entstehenden Lücken durch zusätzliche private Vorsorgemaßnahmen geschlossen werden.

Die Mehrheit der Experten ist sich über die grundlegenden Reformschritte - Konsolidierung der umlagefinanzierten GRV und Ausbau der kapitalgedeckten privaten Vorsorge - im Prinzip einig. Doch wie weit müssen die Veränderungen gehen, um das System zukunftsfähig zu gestalten? Während die einen für einen radikalen Systemwechsel hin zu einer steuerfinanzierten Grundrente mit zusätzlicher kapitalgedeckter Privat- bzw. Betriebsrente plädieren (vgl. Miegel 1981; Biedenkopf 1985, 1998; Hinrichs 2001), argu-

* Für die zahlreichen Hinweise und Kritiken möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sowie Dr. Steffen Mau (Humboldt-Universität zu Berlin) herzlich danken. Zu besonderem Dank bin ich Prof. Horst Skarabis (Freie Universität Berlin) verpflichtet, der mir bei den Analysen mit dem Programm „AMOS“ hilfreich zur Seite stand.

¹ Zu den Problemen und Perspektiven des deutschen Rentenversicherungssystems vgl. u. a. Berthold 2001; Borchert 1996; Börsch-Supan 2001; Börsch-Supan et al. 1999; Hauser 1998, 2000; Institut der deutschen Wirtschaft 1997; Lampert 1997; Leibfried/Wagschal 2000; Miegel 1981, 2000; Miegel/Wahl 1985; Schmähl 1993, 1997, 1998, 2000; Remsperger 2000; Seel 1998; Storm 2000; Theurl 2001.

² Die Gesetzliche Rentenversicherung wird von den Bürgern in immer größerem Maße als unsicher und unzuverlässig wahrgenommen: Der Mittelwert der Einschätzungen auf einer Skala von 0 (völlig unsicher) bis 10 (völlig sicher) lag im März 2002 bei 4,1 (Deutsches Institut für Altersvorsorge 2002: 6). Zum Vergleich: 1996 waren es 5,0 Punkte, 1988 6,3 und 1980 7,5 Punkte (ebenda). Zwei Drittel der Bundesbürger stimmen der Aussage zu „Ich fühle mich vom Staat bezüglich meiner Altersvorsorge im Stich gelassen“ (ebenda: 4).

³ Eine Dokumentation über alle leistungsmindernden Eingriffe in die Gesetzliche Rentenversicherung von 1977 bis 2001 findet sich bei Miegel (2000: 3 ff.).

mentieren andere für eine vorsichtige Weiterentwicklung und Ergänzung des bestehenden umlagefinanzierten Systems der GRV (vgl. Bäcker 1997, 1998; Ruland 2000; Viebrok/Drähter 1999; Wagner 2000).

Die Privatisierung der Vorsorge wird auf mehreren Ebenen der Gesellschaft Prozesse des sozialen Wandels induzieren, die sowohl Chancen als auch Risiken beinhalten. Diese Chancen und Risiken werden sich nicht gegenseitig aufheben, weil sie sich im sozialen Gefüge ungleich verteilen. In dieser Ungleichheit liegt das Potential für zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen begründet.

Drei grundlegende Konfliktlinien zeichnen sich bereits heute ab: (1) Auf der Ebene der betroffenen Bürger geht es dabei um Chancenungleichheiten: Privatisierung der Risikoversorge verspricht Autonomie, Effizienz und Flexibilität für die einen und führt zu neuer Abhängigkeit, Ineffizienz und Unterversorgung für die anderen. (2) Auf der Ebene der Institutionen geht es um die ambivalenten Folgen der Verringerung sozialstaatlicher Leistungen für die Systeme der sozialen Sicherung: „Systemerhalt durch Entlastung“ auf der einen Seite und „Legitimitätsverlust durch Sozialabbau“ auf der anderen Seite. (3) Auf der Makroebene geht es um das Integrationspotential des Sozialstaates und damit auch um die mit der Individualisierung der Risikoversorge einhergehenden Gefahren des sozialen Ausschlusses und die sich eröffnenden Möglichkeiten der Integration.

(Zu 1) Mit der Privatisierung geht eine Individualisierung der Risikoversorge einher, die Chance und Risiko zugleich ist. Sie ist zunächst einmal eine Chance, weil sie einen Gewinn an Autonomie verspricht. Individualisierung der Risikoversorge heißt: Die Risikoversorge kann an die persönlichen Sicherheitsbedürfnisse angepaßt werden, die Möglichkeiten der Eigenvorsorge können umfassender als bisher ausgeschöpft und je nach Lebenssituation kann die persönliche Vorsorgestrategie optimiert werden. Die individuellen Strategien werden dem Ziel, den Lebensstandard im Alter zu sichern, möglicherweise besser gerecht als die kollektiven Arrangements des Sozialstaates. Individuelle Risikoversorge verspricht Autonomie, Gestaltbarkeit, Effizienz und Flexibilität - zumindest für diejenigen, die es sich leisten können.

Die Individualisierung der Risikoversorge birgt jedoch auch erhebliche Risiken. Wie entsprechende Untersuchungen zeigen, überschätzen die meisten Beitragszahler die von ihnen erworbenen Ansprüche auf Leistungen der GRV (vgl. Deutsches Institut für Altersvorsorge 1999, 2001).⁴ Infolgedessen wird der tatsächliche Bedarf an zusätzlicher

⁴ Einer vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (1999) in Auftrag gegebenen Untersuchung zufolge werden zwei Drittel der erwerbstätigen Deutschen im Alter weniger Rente erhalten, als sie erwarten.

privater Vorsorge erheblich unterschätzt. Im Glauben, bereits ausreichend abgesichert zu sein, fallen die Vorsorgemaßnahmen in der Regel zu gering aus (vgl. ebenda), und das Ziel, mit einer privaten Altersvorsorge die Leistungskürzungen bei der GRV zu kompensieren, wird verfehlt.

Weitere Risiken ergeben sich aus dem Umstand, daß die private Altersvorsorge nicht nach dem Prinzip des Umlageverfahrens ausgestaltet ist, sondern in der überwiegenden Zahl der Fälle als Kapitaldeckungsverfahren.⁵ Mit dem Aufbau des Kapitalstocks gehen jedoch erhebliche Inflations- und Kapitalmarktrisiken einher (vgl. u. a. Krupp/Weeber 1997; Schwarz 1999), die nur selten Erwähnung finden. Auch setzt der Aufbau einer privaten Altersvorsorge eine gewisse Sparfähigkeit und Sparneigung der privaten Haushalte voraus (vgl. Schломann 1992; Katzenstein/Jähniq 2001). Die Beiträge müssen schließlich langfristig und kontinuierlich erbracht werden. Der Umbau der individuellen Vorsorge bzw. die Unterbrechungen der Beitragszahlungen aus finanziellen Gründen führt gewöhnlich zu beachtlichen Transaktionskosten bzw. zu größeren Leistungseinbußen. Daß die nicht unerheblichen Sparleistungen auch von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen dauerhaft erbracht werden können, wird oft als gegeben angenommen, ohne daß es dafür vernünftige Gründe gäbe.

Der Grat zwischen den Vorzügen und den Nachteilen der zusätzlichen privaten Altersvorsorge ist schmal. Die Ungleichheit der Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen und der individuellen Kompetenzen zu deren Mobilisierung (vgl. Kaufmann 1994) wird zu einer ungleichen Verteilung von Chancen und Risiken führen. Mit anderen Worten: Im Zuge der Individualisierung der Risikoversorge werden vermutlich nicht nur bestehende Verteilungsungleichheiten weiter verschärft (vgl. Viebrok/Himmelreicher 2001), sondern es werden darüber hinaus neue Chancenungleichheiten entstehen.

(Zu 2) Ein weiterer Problembereich zeichnet sich auf der Ebene der Institutionen ab. Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen hat für alle Systeme der sozialen Sicherung ambivalente Folgen. Auf der einen Seite hat die daraus resultierende Entlastung stabilisierende Effekte. Erst deutliche Leistungskürzungen werden die Ausgaben der Sozialkassen sinken lassen. Nur auf der Grundlage dieser neuen Balance von Ausgaben und Einnahmen wird wieder Vertrauen in die Zukunft der Sozialsysteme entstehen können. An-

Weitergehende Untersuchungen zeigen, daß vor allem Frauen ihre Ansprüche überbewerten: „So überschätzen 21 Prozent der Frauen und elf Prozent der Männer ihren Rentenanspruch um mehr als die Hälfte. (...) 25 Prozent der weiblichen Befragten (gegenüber 22 Prozent der männlichen) überschätzen ihren Rentenanspruch immer noch um mehr als ein Viertel. Nur zehn Prozent der Frauen und 18 Prozent der Männer unterschätzen ihren Anspruch“ (Deutsches Institut für Altersvorsorge 2001: 3).

⁵ Ein umfassender Vergleich zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren zur Finanzierung der Altersvorsorge wurde von Börsch-Supan (2001) vorgelegt.

dererseits wird ein verschlechtertes Beitrags-Leistungs-Verhältnis die Legitimität der Sozialsysteme untergraben. Das trifft auch für das System der GRV zu. Die Akzeptanz wird vermutlich vor allem bei den Jüngeren weiter zurückgehen, d. h. bei denen, die neben der doppelten finanziellen Belastung - höhere Beiträge zur GRV plus zusätzliche private Vorsorge - auch die Ungewißheit über das zukünftige Leistungsniveau zu tragen haben.

(Zu 3) Die Entwicklung wirft nicht zuletzt eine Reihe von Fragen nach der Integrationsfähigkeit des Sozialstaates insgesamt auf. Die Systeme der sozialen Sicherung sind als Mechanismen der kollektiven Risikoversorge Bestandteil einer großen „Umverteilungsmaschinerie“. Ressourcen werden von einkommensstarken zu einkommensschwachen Gruppen, von jüngeren zu älteren Menschen, von Erwerbstätigen zu Erwerbslosen und von wohlhabenden in ärmere Bundesländer transferiert.

Es ist zu erwarten, daß der Abbau sozialer Leistungen die Ausgleichsfunktion des Sozialstaates mindert und damit sein Inklusionspotential schwächt (vgl. Kaufmann 1997). Eine Zunahme der Exklusionsrisiken ist in erster Linie für diejenigen zu erwarten, die in besonderem Maße auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen sind: erwerbs- bzw. mittellose, alleinstehende Hilfebedürftige. Doch wären nicht nur diese Risikogruppen von der schwindenden Integrationskraft betroffen. Die zunehmende Privatisierung der Vorsorge würde Tendenzen der Entsolidarisierung verstärken, die möglicherweise die gesamte Gesellschaft ergreifen (vgl. u. a. Kolland 2000; Nullmeier 2000).

Bereits diese kurzen Erörterungen machen deutlich, daß der Abbau von Sozialleistungen und die damit einhergehende Privatisierung der Risikoversorge gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen, die weit über die Problematik der sozialen Sicherung hinausreichen (vgl. auch Hinrichs 2000). In diesem Zusammenhang ergibt sich eine Reihe grundlegender Fragen: Wie beurteilen die Bürger insgesamt die Verwirklichung von sozialer Sicherheit, wenn der Kreis der berechtigten Leistungsempfänger immer enger gezogen wird und die gewährten Sozialleistungen verringert werden? Können diese Einschnitte durch private Vorsorgeanstrengungen tatsächlich kompensiert werden? Welche Bevölkerungsgruppen können privat vorsorgen und welche können sich dies nicht leisten? Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die Lebensqualität der Bürger aus? Und wie verändern sich deren Einstellungen zum Sozialstaat?

2 Anmerkungen zur Rentenreform 2001

2.1 Ziele der Rentenreform 2001

Mit der Rentenreform 2001 sollte die Gesetzliche Rentenversicherung an die veränderten demographischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen angepaßt werden. Dabei ging es in erster Linie darum, die Finanzierbarkeit dieses Systems langfristig zu sichern. Der Beitragssatz der GRV soll bis 2030 auf höchstens 22 Prozent steigen. Um dieses Ziel unter den gegebenen Rahmenbedingungen - Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger bei gleichzeitiger Stagnation der Zahl der Beitragszahler - zu erreichen, wurden im wesentlichen zwei Maßnahmen ergriffen: (1) Der Anteil des Bundeszuschusses zur Finanzierung der Rentenzahlungen wurde erhöht und (2) die Rentenformel wurde zum wiederholten Maße verändert, um das Rentenniveau stärker abzusenkten.

(Zu 1) Die Bundeszuschüsse zur GRV summierten sich im Jahr 2000 auf insgesamt 49,8 Mrd. Euro (vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 2002). Gemessen an den Gesamteinnahmen der Rentenversicherung in Höhe von 214,6 Mrd. Euro bezieht sich der Steueranteil auf 23,2 Prozent.⁶ Zum Vergleich: In den 1980er Jahren lag dieser Wert im früheren Bundesgebiet bei durchschnittlich 19,0 Prozent, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren es im gesamten Bundesgebiet 20,2 Prozent, und in der zweiten Hälfte lag der Steueranteil bereits bei 22,5 Prozent (ebenda).

Kritiker des bestehenden Systems fordern eine weitere Erhöhung des Steueranteils bzw. plädieren sogar für einen radikalen Systemwechsel - weg von der Beitragsfinanzierung hin zu einer vollständig steuerfinanzierten Grundrente mit zusätzlicher kapitalgedeckter Privat- bzw. Betriebsrente (vgl. u. a. Miegel 1981; Miegel/Wahl 1985; Biedenkopf 1985). Doch sind diese Vorstellungen nicht unumstritten geblieben. Modellrechnungen zum sogenannten „Biedenkopf-Miegel-Modell“ haben ergeben, daß die vollständige Steuerfinanzierung einer staatlichen Grundrente mehr Nachteile als Vorteile mit sich brächte (Krupp/Weeber 1997). Die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben wäre wesentlich größer (ebenda; vgl. auch Müller/Tautz 1996). Zudem wären mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge erhebliche Risiken verbunden. Alles in allem, so die Kritiker, seien die Probleme der Alterssicherung im bestehenden

⁶ Betrachtet man nur die beiden Teilsysteme AnV und ArV dann standen den Beitragseinnahmen i.H.v. 162 Mrd. Euro ein Bundeszuschuß i.H.v. 42,4 Mrd. Euro gegenüber (Angaben für das Jahr 2000); Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 2002). Ohne diesen Zuschuß aus Steuermitteln hätte der Beitragssatz zur AnV und ArV in diesem Jahr nicht bei 19,3 Prozent, sondern bei 24,3 Prozent liegen müssen, um Einnahmen in gleicher Höhe zur Verfügung zu haben.

System besser zu lösen als mit dem „Biedenkopf-Miegel-Modell“, so das Fazit (Krupp/Weeber 1997).

(Zu 2) Neben der Ausweitung der Steuerfinanzierung wurden im Rahmen der Rentenreform 2001 deshalb auch Maßnahmen beschlossen, die zu einer Absenkung des Nettorentenniveaus⁷ führen. Das Rentenniveau wird in den nächsten Jahren kontinuierlich zurückgehen: nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums von derzeit 70 Prozent auf 67 Prozent im Jahr 2030. Diese 67 Prozent ergeben sich jedoch nur dann, wenn man von dem bisher geltenden Berechnungsverfahren abweicht und die neuen Rechenregeln anwendet. Neu daran ist, daß der durchschnittliche Nettolohn der Arbeitnehmer um den im AVmG festgelegten Mindest-Sparbetrag zur privaten Vorsorge verringert wird. Mit diesem Kunstgriff wird das Nettolohnniveau um einen absolut fiktiven Betrag vermindert. Fiktiv deshalb, weil noch nicht abzusehen ist, wie viele Arbeitnehmer zertifizierte Vorsorgeprodukte in der vorgeschriebenen Höhe erwerben werden, und weil die staatlichen Beihilfen bei dieser Rechenoperation nicht berücksichtigt werden.⁸ Tatsache ist: Legt man das alte Berechnungsverfahren zugrunde, dann ergibt sich für das Jahr 2030 ein Nettorentenniveau von 64 Prozent.⁹

Die entstehende Versorgungslücke sollen die Versicherten mit einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge schließen. Hierzu sollen sie ab 2008 mindestens vier Prozent ihres Einkommens¹⁰ in zertifizierte Vorsorgeprodukte investieren. Der Staat fördert den Aufbau der privaten Altersvorsorge mit bis zu zehn Milliarden Euro im Jahr in Gestalt von direkten Zuschüssen bzw. steuerlichen Entlastungen. Anders als es diese Gesamtfördersumme suggeriert, fallen die Grundzulagen eher gering aus (vgl. Tabelle 1).

⁷ Das Nettorentenniveau ist die Höhe der Rente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Versicherungsjahren (Standardrentenhöhe) bezogen auf den aktuellen Durchschnittsnettolohn der Arbeitnehmer.

⁸ Es wurde deshalb bereits der Verdacht geäußert, daß mit der Änderung des Berechnungsverfahrens die tatsächliche Verminderung des Rentenniveaus nur verschleiert werden sollte (vgl. u. a. Balodis/Hühne 2001).

⁹ Doch damit nicht genug: Es ist fest vereinbart, daß die Rentenformel im Jahr 2011 erneut verändert wird, um den Anstieg der Renten zusätzlich zu bremsen. Greift der Gesetzgeber nicht ein, werden die geltenden gesetzlichen Regelungen zwangsläufig dazu führen, daß das Nettorentenniveau deutlich unter die Marke von 64 Prozent sinkt. Doch eine Standardrente in dieser Höhe erhält ohnehin nur, wer 45 Jahre lang ein durchschnittliches Einkommen bezogen und in die Rentenkasse eingezahlt hat (inkl. Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten). Die zu beobachtende Verringerung der Lebensarbeitszeit trägt mit dazu bei, daß immer weniger Arbeitnehmer eine Lebensarbeitszeit in dieser Größenordnung erreichen und eine Altersrente i.H. der sog. Standardrente erhalten.

¹⁰ Rentenversicherungspflichtiges Einkommen des Vorjahres.

Tabelle 1: Mindest-Sparbetrag und Zulagen gemäß Art. 6 AVmG

	Jahr			
	2002/2003	2004/2005	2006/2007	ab 2008
Gesetzliche Bestimmungen (Art. 6 AVmG)				
Mindest-Sparbetrag (in % vom Einkommen)	1	2	3	4
Grundzulage (in Euro pro Jahr)	38	76	114	154
Zulage je Kind (in Euro pro Jahr)	46	92	138	185
Beispiel 1: Alleinlebend, 12.000 Euro Jahreseinkommen¹, ein Kind (Alle Angaben in Euro pro Jahr)				
Grundzulage	38	76	114	154
Kinderzulage	46	92	138	185
Summe der Zulagen	84	168	252	339
Beispiel 2: Verheiratet, 120.000 Euro Jah- reseinkommen¹, zwei Kinder (Alle Angaben in Euro pro Jahr)				
Grundzulage	38	76	114	154
Kinderzulage	92	184	276	370
Summe der Zulagen	130	260	390	524

Anmerkungen: (1) Rentenversicherungspflichtiges Einkommen des Vorjahres; Berechnung mit Hilfe des „Förderrechners“ der LVA Rheinprovinz (im Internet unter www.lva-rheinprovinz.de).

Zudem wird deutlich, daß Spitzenverdiener unter sonst gleichen Umständen ebenso hohe Zulagen wie Sozialhilfeempfänger erhalten; sie müssen lediglich einen höheren Mindest-Sparbeitrag leisten. Das Einkommensniveau wirkt sich damit nur auf die Höhe des Mindest-Eigenbetrags und auf die Förderquote aus. Für die Bemessung der Zulagenhöhe spielt es dagegen keine Rolle.

Die beiden Beispiele demonstrieren, welche Leistungen sich aus den geltenden Förder Richtlinien des AVmG ergeben: Eine alleinlebende Frau, mit einem Kind und einem rentenversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommen i.H.v. 12.000 Euro erhält ab 2008 jährlich 339 Euro an staatlicher Förderung, wenn sie den Mindest-Eigenbeitrag in ein zertifiziertes Vorsorgeprodukt investiert.¹¹ Eine verheiratete Frau, die ein Spitzeneinkommen in zehnfacher Höhe bezieht, hat ebenfalls Anspruch auf die Zulagen. Die Gesamtfördersumme fällt wegen der höheren Kinderzulage sogar noch größer aus.

¹¹ Der Mindest-Eigenbeitrag ergibt sich aus dem Mindest-Sparbetrag abzüglich der Zulagen (Grundzulage und Kinderzulage), wobei ein Sockelbetrag nicht unterschritten werden darf. Im vorliegenden Beispiel 1 ergibt sich für das Jahr 2008 ein Mindest-Eigenbeitrag i.H.v. 141 Euro im Jahr; für das Beispiel 2 liegt der Mindest-Eigenbeitrag bei 1422 Euro im Jahr.

Zweifelhaft ist erstens, ob mit diesen geringen Zulagen die Sparfähigkeit von Geringverdienenden signifikant erhöht wird. Der Mindest-Eigenbetrag kann möglicherweise von vielen noch aufgebracht werden, doch alles in allem wird der Sparbetrag zu gering ausfallen, um die absehbaren Versorgungslücken im Alter zu schließen. Fraglich ist zweitens, warum Besserverdienende staatliche Unterstützung zum Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge erhalten.

2.2 Erwartungen, Erfahrungen und Prognosen

In der Finanzbranche erwartete man, daß die Bundesbürger allein bis zum Jahr 2008 rund 125 Milliarden Euro in die private Altersvorsorge investieren. Mit der Entwicklung einer Vielzahl unterschiedlichster Vorsorgeangebote und mit aufwendigen Marketingkampagnen wurde versucht, möglichst viele neue Kunden zu gewinnen. Bereits im Dezember 2001 stufte die Zulassungsstelle beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen mehr als 3400 Rentenversicherungen und Sparpläne als förderfähig ein.

Mittlerweile ist die Euphorie verflogen, und Ernüchterung macht sich breit. Die Zahl der Abschlüsse liegt bisher weit unter den Vorgaben. Umfragen dokumentieren eine enttäuschend geringe Resonanz auf die Angebote der Geldhäuser: Fast drei Viertel der Bundesbürger haben kein Interesse am Abschluß einer staatlich geförderten privaten Altersvorsorge, so das Ergebnis einer Studie, die vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (2002) in Auftrag gegeben wurde. „Bisher ist die Riester-Rente entgegen den hohen Erwartungen der Finanzbranche und der Bundesregierung noch kein Erfolg“, meinte Bernd Katzenstein, Sprecher des von der Deutschen Bank getragenen Instituts, bei der Präsentation der Ergebnisse (FAZ vom 11. April 2002: 8). Auch Klaus Achenbach, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, zog eine eher negative Zwischenbilanz: „Die Riester-Reform hat bislang nicht die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur verstärkten Alterssicherung geweckt“ (Die Welt online vom 23. März 2002).

Rentenexperten bemängeln, daß die meisten zertifizierten Produkte für die private Vorsorge zu kompliziert sind, daß nicht ausreichend über die Fördermöglichkeiten informiert wird und Fragen der Besteuerung nicht eindeutig geregelt sind. Von Ökonomen durchgeführte Modellrechnungen lassen auf eine weitere Ursache schließen: Verglichen mit anderen Anlageformen fallen die Renditen der zertifizierten Vorsorgeprodukte wesentlich geringer aus. Für die überwiegende Mehrheit der Haushalte lohne sich die neue Zusatzrente deshalb nicht, so das Fazit des Renditevergleichs (vgl. Jaeger/Utecht 2002).

Die hohen Erwartungen an die Rentenreform 2001 haben sich auch in anderer Hinsicht nicht erfüllt. Die Hauptziele der Reform - die langfristige Sicherung der Finanzierbarkeit und der weitgehende Erhalt des Leistungsniveaus der GRV - ist Experten zufolge mit den eingeleiteten Maßnahmen nicht zu erreichen. Die Bundesregierung sei bei ihren Planungen von unrealistischen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Annahmen ausgegangen: „von zu hohen Erwerbstätigenzahlen, zu geringen Arbeitslosenzahlen, und einem zu hohen Arbeitsvolumen“ (Schnabel/Miegel 2001: 6).

Bereits heute stimmten Arbeitsmarktdaten und Projektionszahlen nicht mehr überein. „Die rentenpolitischen Ziele der Bundesregierung, die Rentenversicherungsbeiträge bis 2020 nicht über 20 und bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen und zugleich das Rentenniveau von Eckrentnern nicht unter 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens sinken zu lassen, waren von Anfang an wirklichkeitsfremd. Um sie auch nur annähernd erreichen zu können, müßte Deutschland eine wirtschaftliche Dynamik entfalten, wie sie seit der Wiedervereinigung nicht mehr zu beobachten war“ (ebenda: 8). Im Gegensatz zu dieser Auffassung geht der Verband der deutschen Rentenversicherungsträger noch immer davon aus, daß der Beitragssatz zumindest bis zum Jahr 2015 das Niveau von 19,3 Prozent nicht überschreiten wird (lt. Vorausberechnung Mai 2002, Verband der deutschen Rentenversicherungsträger 2002).

Letztlich steht nicht mehr in Frage, ob die 22-Prozent-Marke erreicht und möglicherweise überschritten wird, sondern lediglich, wann das geschieht. Es ist also davon auszugehen, daß sich das Beitrags-Leistungs-Verhältnis der GRV erheblich verschlechtern wird. Die Rentenbeiträge werden von gegenwärtig 19,1 Prozent auf mindestens 22 Prozent steigen. Hinzu kommen die finanziellen Belastungen durch den Aufbau einer zusätzlichen privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge. Damit steigt die finanzielle Belastung der Arbeitnehmer durch Rentenbeiträge und staatliche Privatrente von heute 9,6 Prozent des Bruttoeinkommens auf mindestens 15,0 Prozent.¹² Das entspricht einem Anstieg um 56 Prozent. Außerdem sind zusätzliche Belastungen durch höhere Steuern und Abgaben einzukalkulieren, die zur Finanzierung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung erhoben werden müssen. Insgesamt wird sich der Vorsorgeaufwand für die Arbeitnehmer deutlich erhöhen. Zugleich ist zu befürchten, daß die Rentenleistungen der GRV auf das Niveau einer Grundversorgung absinken werden.

¹² Die 15 Prozent ergeben sich aus dem Arbeitnehmeranteil i.H.v. elf Prozent und den vier Prozent für eine staatlich zertifizierte private Altersvorsorge.

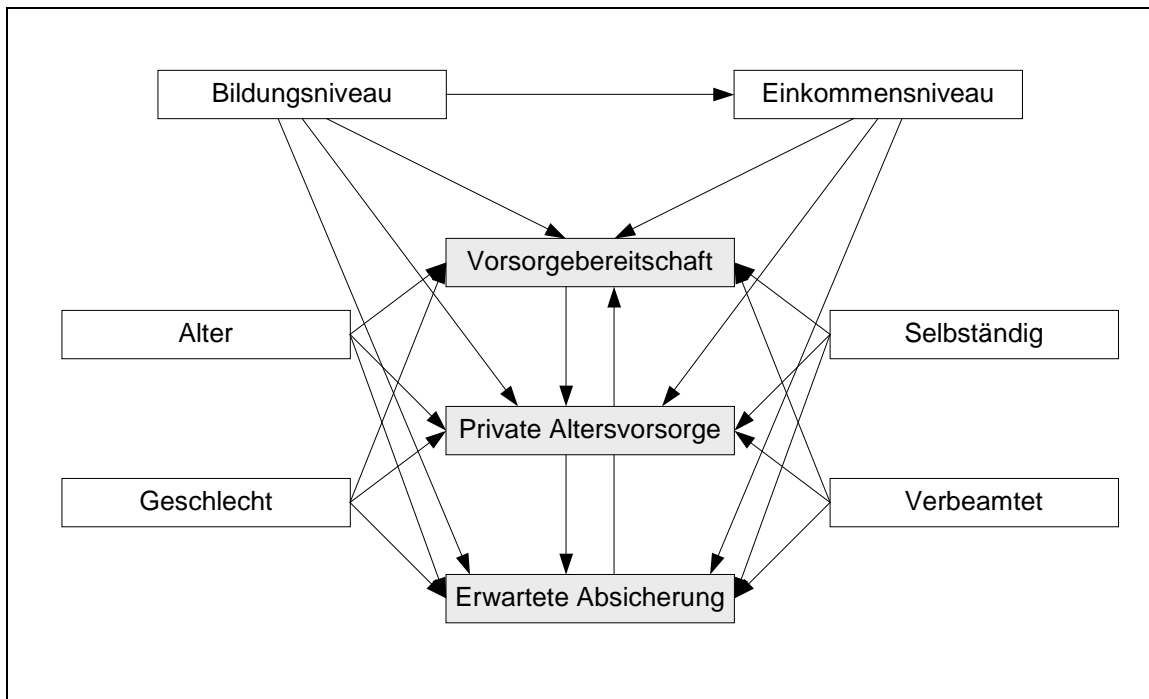
3 Forschungsfragen und Hypothesen

Die sozialwissenschaftliche Forschung zur Altersvorsorge hat sich in den 1990er Jahren vor allem mit zwei Problemfeldern auseinandergesetzt: zum einen mit den ökonomischen und demographischen Herausforderungen, vor denen die Gesetzliche Rentenversicherung steht (vgl. u. a. Werding 1998; Wille 1999; Ruland 2000; Theurl 2001) und zum anderen mit dem Entwurf und der Evaluierung von Reformvorschlägen zur Bewältigung dieser Herausforderungen (vgl. u. a. Schmähl 1993, 2000; Institut der deutschen Wirtschaft 1997; Hauser 2000; Börsch-Supan et al. 1999; Börsch-Supan/Miegel 2001; Viebrok/Drähter 1999). Vergleichsweise wenige Untersuchungen liegen dagegen zu den Voraussetzungen und den Auswirkungen der zunehmenden Privatisierung der Altersvorsorge vor. Zu nennen sind die Analysen zur Einkommensverteilung und zur Spar- und Vorsorgefähigkeit der privaten Haushalte (vgl. u. a. Schломann 1992; Bulmann 1999; Bruno-Latocha 2000; Stegmann/Bieber 2000; Katzenstein/Jähnig 2001) sowie die Studien zu den Auswirkungen der privaten Altersvorsorge auf die Verteilung der Alterseinkommen (vgl. u. a. Schwarze 1998; Behrendt 2000; Viebrok/Himmelreicher 2001).

Im Verlauf der aktuellen Diskussionen zu den Ursachen der geringen Nachfrage nach der zertifizierten Privatrente haben sich einige neue Forschungsfragen ergeben: Wie groß ist die Bereitschaft der Bundesbürger, privat vorzusorgen? Wie relevant ist die Vorsorgebereitschaft für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge, verglichen mit der Sparfähigkeit der Haushalte? In welchem Maße verstärkt eine private Altersvorsorge die Erwartung, im Alter gut abgesichert zu sein? Inwieweit beeinflusst die Erwartung, im Alter nicht gut abgesichert zu sein, die Bereitschaft, privat vorzusorgen? Wie wirken sich Alter und Geschlecht, das Bildungsniveau und die Stellung im Beruf auf die Vorsorgebereitschaft und das Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge aus? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der folgenden empirischen Untersuchung.

Es wird im folgenden davon ausgegangen, daß sich die Bereitschaft, zusätzlich privat vorzusorgen, der Besitz einer privaten Altersvorsorge und die erwartete Absicherung im Alter in einem interdependenten Verhältnis zueinander befinden (vgl. Abbildung 1, grau hinterlegte Textfelder). Dabei dürften diejenigen, die grundsätzlich bereit sind, zusätzlich privat vorzusorgen, öfter eine private Altersvorsorge besitzen, als andere, und diejenigen, die privat vorsorgen, werden eher als andere erwarten, im Alter gut abgesichert zu sein. Hinzu kommen kausale Wirkungen in umgekehrter Richtung: Wer beispielsweise erwartet, im Alter nicht gut gesichert zu sein, wird vermutlich eher bereit sein, zusätzlich privat vorzusorgen.

Abbildung 1: Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Vorsorgebereitschaft, Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge und der erwarteten Absicherung im Alter



Dieses Modell gewinnt an Komplexität, wenn man weitere Faktoren berücksichtigt, die sich möglicherweise auf die Vorsorgebereitschaft, auf das Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge und auf die erwartete Absicherung im Alter auswirken. Hierbei lassen sich drei Gruppen unterscheiden: (1) demographische Größen (Alter und Geschlecht), (2) Variablen, welche die Ressourcenausstattung abbilden (Bildungs- und Einkommensniveau) und (3) Informationen zur Stellung im Beruf (Selbständige, Verbeamtete).

Die konkreten Hypothesen lassen sich aus der Abbildung 1 ablesen (vgl. Abbildung 1). Die Richtung der Kausalbeziehung wird durch Pfeile angegeben, und es wird bis auf wenige Ausnahmen von einem positiven Zusammenhang ausgegangen. Beispiel: Je höher das Einkommensniveau ist, desto höher ist vermutlich auch die Vorsorgebereitschaft, desto häufiger ist wahrscheinlich eine private Altersvorsorge vorhanden und desto öfter wird erwartet, im Alter gut abgesichert zu sein.

Zu den Ausnahmen (negative Effekte): Frauen werden möglicherweise häufiger als Männer bereit sein, privat vorzusorgen (positiv), aber seltener eine private Altersvorsorge besitzen (negativ) und weniger oft meinen, im Alter gut gesichert zu sein (negativ). Ein weiterer negativer Effekt könnte in Abhängigkeit vom Alter auftreten: Mit dem Alter wird vermutlich der Anteil derer zunehmen, die privat vorsorgen (positiv), zugleich

dürfte der Teil derer abnehmen, die bereit sind, noch in eine Privatvorsorge zu investieren (negativ). Bei den Beamten ist schließlich zu erwarten, daß sie in größerem Maße als der Rest der Bevölkerung meinen, im Alter gut abgesichert zu sein (positiv), doch seltener über eine Privatvorsorge verfügen (negativ) und auch seltener bereit sind, zusätzlich zu ihren relativ sicheren Beamtenpensionen privat vorzusorgen (negativ).

Mit Hilfe von linearen Strukturgleichungsmodellen werden diese Hypothesen im Zusammenhang des Gesamtmodells überprüft (vgl. Abschnitt 5.4). Vorangestellt ist dieser Analyse ein deskriptiver Teil, in dem die wichtigsten Befunde zur Verbreitung der privaten Altersvorsorge (vgl. Abschnitt 5.1), zur Vorsorgebereitschaft (vgl. Abschnitt 5.2), und zur Erwartung, im Alter gut gesichert zu sein (vgl. Abschnitt 5.3), für verschiedene Bevölkerungsgruppen beschrieben werden. Zuvor jedoch noch einige Bemerkungen zur Datenbasis.

4 Datenbasis

Die Daten für die empirischen Analysen sind im Rahmen der Wohlfahrtssurveys in den Jahren 2001 und 1998 erhoben worden. Bei diesen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen wurden mehrere tausend Bundesbürger zu ihren objektiven Lebensbedingungen, zum subjektiven Wohlbefinden und zur Qualität der Gesellschaft befragt. Detaillierte Angaben zur Grundgesamtheit, zum Auswahlverfahren, zur Befragungsmethode, zum Befragungszeitraum, zur Ausschöpfung der Stichprobe und zur Gewichtung sind im Anhang A.1 aufgelistet. Der Wortlaut aller Fragen, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung verwendet werden, ist im Anhang A.2 dokumentiert.

Seit der ersten Erhebung im Jahr 1978 wird ein breites Spektrum von Lebensbereichen berücksichtigt: Wohnen, Sozialkontakte, Ehe, Familie, Haushalt, gesellschaftliche Teilhabe, Einkommen, öffentliche Angelegenheiten, Gesundheit, Ausbildung und Erwerbsstatus. Für die meisten dieser Bereiche wurden sowohl Informationen zu den objektiven Lebensbedingungen als auch Daten zum subjektiven Wohlbefinden erfaßt. Neben einem festen Fragenkatalog wurden immer wieder auch neue Themenfelder berücksichtigt: berufliche Plazierung (1980), Technikausstattung der Privathaushalte (1984), öffentliche und private Aufgaben (1984, 1988), Lebensstile (1993), wahrgenommene Verwirklichung von Freiheits-, Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekten (1998) sowie Altersvorsorge und soziale Sicherheit (2001).

Der Wohlfahrtssurvey ist ein Gemeinschaftsprojekt der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und der Abteilung Soziale Indikatoren am Mannheimer Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen. Alle Erhebungen von 1978 bis 1998 wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Für Sekundäranalysen können die Daten beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung Köln angefordert werden.

5 Ergebnisse

5.1 Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge

Zum Zeitpunkt der Untersuchung, am Ende des Jahre 2001, waren zwei Drittel der Bundesbürger im Alter von 30 bis unter 60 Jahre im Besitz einer privaten Altersvorsorge (vgl. Tabelle 2). Von denen, die zu diesem Zeitpunkt nicht privat für das Alter vorsorgten, meinte jeder zweite, daß er sich dies nicht leisten könne. Ebenso häufig wurde auf „andere Gründe“ verwiesen. Was sich hinter diesen „anderen Gründen“ verbirgt - ob die Überzeugung, durch die gesetzliche bzw. betriebliche Rentenversicherung bereits ausreichend abgesichert zu sein, eine mangelnde Bereitschaft, selbst vorzusorgen oder fehlende Informationen über die Vorsorgeangebote - wurde nicht erfragt. Festzuhalten bleibt, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereits privat für das Alter vorsorgt und daß finanzielle und nicht-finanzielle Hinderungsgründe gleich häufig genannt werden.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß die einzelnen Bevölkerungsgruppen in sehr unterschiedlichem Ausmaß über eine private Altersvorsorge verfügen. Besonders auffällig ist die Ungleichheit zwischen den Einkommensschichten¹³: Neun von zehn Personen, die zur obersten Einkommensschicht zu zählen sind, sorgen privat für das Alter vor - aber nur zwei von zehn Personen, die zur untersten Einkommensschicht gehören, tun dies.

¹³ Das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen wurde wie folgt berechnet: $y = x / n^{0.7}$, mit y als bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, x als Haushaltsnettoeinkommen und n als Zahl der im Haushalt lebenden Personen. Die Division durch $n^{0.7}$ bewirkt, daß die Einspareffekte durch das gemeinsame Wirtschaften im Haushaltkontext mit einbezogen werden. Der hier zugrundegelegte Exponent von 0,7 führt zu folgenden Gewichtungen: Erste Person = 1, zweite Person = 0,62, dritte Person = 0,54, vierte Person = 0,48, fünfte Person = 0,45 usw. Je kleiner der Exponent gewählt wird, desto größer ist der unterstellte Einspareffekt. Die im Wohlfahrtssurvey Trend 2001 ausgewiesenen DM-Beträge wurden im Verhältnis von 1,95583 DM je Euro umgerechnet.

Tabelle 2: Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge 2001

	Eine private Altersvorsorge ...			N (Gültig)
	habe ich	kann ich mir nicht leisten	habe ich aus anderen Gründen nicht	
	(Angaben in Prozent)			Anzahl
Insgesamt¹	66	17	17	1363
Geschlecht				
Männer	70	16	14	687
Frauen	62	18	20	676
Alter				
30-39 Jahre	65	17	18	519
40-49 Jahre	67	19	14	455
50-59 Jahre	66	15	19	389
Einkommenschichten²				
Oberschicht	90	3	7	101
Obere Mittelschicht	85	2	13	192
Mittelschicht	67	14	19	406
Untere Mittelschicht	53	28	19	260
Unterschicht	20	61	19	80
Erwerbsgruppen				
Selbständige	88	5	7	121
Beamte	79	5	16	96
Leitende und hochqualifizierte Angestellte	77	7	16	428
Qualifizierte und einfache Angestellte	57	21	22	277
Facharbeiter und Meister	57	27	16	304
Un- und angelernte Arbeiter	33	46	21	112

Anmerkungen: (1) Nur Befragte im Alter von 30 bis unter 60 Jahre; (2) Ausgehend vom Mittelwert des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens werden fünf Einkommenschichten unterschieden: Die Personen zählen zur „Oberschicht“, wenn das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen des Haushalts (vgl. Anhang A.3) größer als das 1,5fache des Mittelwertes (bezogen auf die Grundgesamtheit aller Haushalte) ist; sie zählen zur „Oberen Mittelschicht“, wenn es zwischen dem 1,5fachen und dem 1,25fachen liegt; sie zählen zur „Mittelschicht“, wenn es zwischen dem 0,75fachen und dem 1,25fachen liegt; sie zählen zur „Unteren Mittelschicht“, wenn es zwischen dem 0,5fachen und dem 0,75fachen liegt; sie zählen zur „Unterschicht“, wenn es unter dem 0,5fachen des Mittelwertes liegt. Von den hier betrachteten 30- bis unter 60jährigen gehören nach dieser Abgrenzung im Jahr 2001 neun Prozent zur „Unterschicht“, 18 Prozent zur „Unteren Mittelschicht“, 39 Prozent zur „Mittelschicht“, 26 Prozent zur „Oberen Mittelschicht“ und acht Prozent zur „Oberschicht“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Diese Differenzen haben offenbar vor allem finanzielle Ursachen, denn 61 Prozent der Geringverdienenden geben an, daß sie sich eine private Vorsorge nicht leisten können. Bei den Besserverdienenden ist der entsprechende Anteil dagegen verschwindend gering. Daß einige Bevölkerungsgruppen seltener als andere privat vorsorgen, hat aber nicht nur finanzielle Gründe, wie die Verteilung in der entsprechenden Kategorie zeigt.

Es sind die un- und angelernten Arbeiter sowie die einfachen und qualifizierten Angestellten, die relativ häufiger auf andere Gründe verweisen. Welchen Einfluß das Bildungsniveau auf das Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge hat, wird weiter unten erörtert.

Hervorzuheben ist, daß zwei Drittel der un- und angelernten Arbeiter keine private Altersvorsorge haben. Aus früheren Untersuchungen mit dem Mikrozensus ist bekannt, daß die große Mehrheit dieser zumeist zur Randbelegschaft zählenden Beschäftigtengruppe auch keine betriebliche Altersvorsorge besitzt - Mitte der 1990er Jahre waren das 82 Prozent (Bulmahn 1998: 24). Die sozialpolitische Brisanz besteht im späteren Zusammenwirken dieser Vorsorgedefizite: Die meisten Un- und Angelernten werden im Alter weder auf eine private noch auf eine betriebliche Zusatzversorgung zurückgreifen können und ausschließlich auf die reduzierten Leistungen der GRV angewiesen sein.

Immer mehr Bundesbürger sorgen zusätzlich privat für das Alter vor. Im Vergleich zur Befragung von 1998 ergibt sich ein signifikanter Zuwachs um 14 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 3). Gemessen an der relativ kurzen Zeitspanne von lediglich drei Jahren ist dieser Anstieg bemerkenswert.

Der Aufbau einer privaten Altersvorsorge vollzieht sich innerhalb des sozialen Gefüges mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Während einige Bevölkerungsgruppen seit 1998 merklich zulegen konnten, herrscht bei anderen Stagnation. Die größten Fortschritte hat es mit mehr als 20 Prozentpunkten bei der oberen Mittelschicht bzw. bei den Beamten gegeben. Vergleichsweise wenig hat sich dagegen bei der untersten Einkommensschicht bzw. bei den einfachen Angestellten sowie den un- und angelernten Arbeitern getan. Infolgedessen hat die Ungleichheit zwischen den Einkommensschichten in den letzten Jahren merklich zugenommen: Der Abstand zwischen der oberen und der unteren Mittelschicht bezifferte sich 2001 auf 32 Prozentpunkte, drei Jahre zuvor waren es noch 22 Prozentpunkte.

Der Anteil derjenigen, die angeben, sich eine private Vorsorge nicht leisten zu können, hat sich um sechs Prozentpunkte vermindert; die Zahl derer, die auf andere Gründe verweisen, um acht Prozentpunkte. Bei der oberen Mittelschicht bzw. den Beamten ist der Anteil derjenigen, die andere Gründe angaben, sogar um 19 bzw. um 25 Prozentpunkte zurückgegangen. Das läßt vermuten, daß die erstaunlich großen Zuwächse, die hier hinsichtlich der privaten Altersvorsorge zu verzeichnen sind, auf Faktoren wie ein gewachsenes Problembewußtsein, eine gestiegene Bereitschaft zur Eigenvorsorge oder auf ähnliche Motive zurückzuführen sind.

Tabelle 3: Verbreitung der privaten Altersvorsorge von 1998 bis 2001

	Eine private Altersvorsorge ...			N (Gültig)
	habe ich	kann ich mir nicht leisten	habe ich aus anderen Gründen nicht	
	(Angaben in Prozentpunkten)			Anzahl
Insgesamt¹	+14	-6	-8	2919
Geschlecht				
Männer	+15	-4	-11	1479
Frauen	+12	-8	-4	1440
Alter				
30-39 Jahre	+14	-8	-6	1127
40-49 Jahre	+13	-6	-7	943
50-59 Jahre	+15	-4	-11	849
Einkommenschichten²				
Oberschicht	(+9)	(0)	(-8)	263
Obere Mittelschicht	+23	-4	-19	325
Mittelschicht	+14	-2	-12	905
Untere Mittelschicht	+13	-11	-2	574
Unterschicht	(+5)	(-6)	(+1)	186
Erwerbsgruppen				
Selbständige	(+5)	(-2)	(-3)	236
Beamte	+24	+1	-25	185
Leitende und hochqualifizierte Angestellte	+13	-1	-12	619
Qualifizierte und einfache Angestellte	(0)	(+2)	(-2)	633
Facharbeiter und Meister	+12	+4	-16	495
Un- und angelernte Arbeiter	(+1)	(+5)	(-6)	235

Anmerkungen: (1) und (2) vgl. Tabelle 2; Differenzen in Klammern sind nicht signifikant (Statistik: Chi²-Test für die jeweilige Bevölkerungsgruppe bezogen auf die Verteilungen in den Jahren 1998 und 2001).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

5.2 Grundsätzliche Bereitschaft zur privaten Vorsorge

Die Bereitschaft, persönlich mehr für die Risikoversorge zu tun, ist erstaunlich groß. Von den 30- bis unter 60jährigen Bundesbürgern ist jeder zweite bereit, einen Teil seines verfügbaren Einkommens in eine private Zusatzversicherung zu investieren, um das Niveau der finanziellen Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter zu halten. Zum Vergleich: Nur jeder fünfte würde dafür höhere Sozialabgaben bzw. höhere Steuern zahlen wollen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Bereitschaft zu weiteren Vorsorgeanstrengungen

	Persönliche Bereitschaft, mehr für die soziale Absiche- rung zu leisten ³			Vorsorgepräferenzen		
	Höhere Sozial- abgaben bzw. Steuern	Private Zusatz- ver- sicherung	Nur höhere Sozial- abgaben bzw. Steuern ⁴	Nur private Zusatzver- sicherung ⁵	Beides ⁶	Weder noch ⁷
	(Angaben in Prozent)					
Insgesamt¹	22	50	4	31	18	47
Geschlecht						
Männer	21	49	5	32	17	46
Frauen	23	50	3	30	20	47
Alter						
30-39 Jahre	20	53	4	36	17	43
40-49 Jahre	23	47	5	29	18	48
50-59 Jahre	24	49	3	28	21	48
Einkommensschichten²						
Oberschicht	35	74	2	39	34	25
Obere Mittelschicht	21	52	3	33	19	45
Mittelschicht	24	50	6	32	18	44
Untere Mittelschicht	21	45	5	29	16	50
Unterschicht	15	27	3	15	11	71
Erwerbsgruppen						
Selbständige	29	66	4	40	26	30
Beamte	28	57	4	29	25	42
Leitende und hochqualifiz. Angestellte	24	65	3	44	21	32
Qualifizierte und einfache Angestellte	23	39	6	21	18	55
Facharbeiter und Meister	17	36	5	24	12	59
Un- und angelernte Arbeiter	13	34	1	22	12	65

Anmerkungen: (1), (2) und Fallzahl vgl. Tabelle 2; (3) vgl. den Wortlaut der Fragen S40 und S41 im Anhang A.2; ausgewiesen ist der Anteil der Ja-Stimmen; (4) Frage S40 mit „Ja“ und Frage S41 mit „Nein“ beantwortet; (5) Frage S40 mit „Nein“ und Frage S41 mit „Ja“ beantwortet; (6) Fragen S40 und S41 mit „Ja“ beantwortet; (7) Fragen S40 und S41 mit „Nein“ beantwortet.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Kombiniert man die Antworten auf beide Fragen, dann erhält man einen Eindruck von den persönlichen Vorsorgepräferenzen der Bundesbürger. Nur vier Prozent würden demnach eine rein sozialstaatliche Strategie wählen: „Ja“ zu höheren Abgaben und Steuern, „Nein“ zur zusätzlichen privaten Vorsorge; 31 Prozent ziehen dagegen eine rein private Lösung des Problems vor; 18 Prozent sind bereit, sowohl höhere Beiträge

zu zahlen als auch privat vorzusorgen, und 47 Prozent akzeptieren weder das eine noch das andere.

Eine rein sozialstaatliche Vorsorgestrategie wird von allen hier betrachteten sozialen Gruppen nahezu ausnahmslos abgelehnt. Mit anderen Worten: Die Skepsis gegenüber dem Sozialstaat ist in allen Bevölkerungsteilen etwa gleich groß. Das Vertrauen in die Fähigkeit des Sozialstaats, existentielle Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter abzusichern, hat ein alarmierend geringes Niveau erreicht. Die Zuversicht in die private Vorsorge ist dagegen zur Zeit noch erstaunlich groß.¹⁴ Neben der erwarteten Sicherheit der Leistungen dürften auch unterschiedliche Renditeerwartungen eine Rolle spielen. Offenbar geht die Mehrheit der 30- bis unter 60jährigen davon aus, durch private Vorsorge insgesamt sicherer und effektiver abgesichert zu sein.

Die Bereitschaft zu verstärkten Vorsorgeanstrengungen scheint vor allem vom Einkommensniveau und von der beruflichen Position abhängig zu sein. Am größten ist die Vorsorgebereitschaft in der obersten Einkommensschicht; am geringsten ist sie in der untersten Schicht. Nahezu zwei Drittel der un- und angelernten Arbeiter lehnen weitere Belastungen ab - aber nur ein Drittel der höheren Angestellten und Selbständigen.

5.3 Erwartete Absicherung im Alter

Gemessen an den Leistungen, die von den Bürgern für die Altersvorsorge erbracht werden, ist das erwartete Versorgungsniveau im Alter bemerkenswert niedrig. Die Mehrheit der 30- bis 60jährigen befürchtet, im Alter eher schlecht bzw. schlecht gesichert zu sein. Nur eine kleine Minderheit - weniger als ein Zehntel der Bevölkerung - erwartet, gut gesichert zu sein (vgl. Tabelle 5).

Eine wesentliche Ursache für diese Befürchtungen ist in einem gravierenden Informationsdefizit zu sehen. Die meisten Versicherten der GRV sind über den augenblicklichen Stand ihrer Rentenansprüche nicht informiert. Ob die zu erwartenden Leistungen der GRV zusammen mit den Auszahlungen aus der betrieblichen bzw. privaten Altersvorsorge ausreichen, um den Lebensstandard später einmal aufrechtzuerhalten, oder ob hierfür zusätzlich vorgesorgt werden muß - diese Frage ist für viele vollkommen offen. Gewißheit wird es erst ab dem Jahr 2004 geben. Von diesem Zeitpunkt an müssen die Rentenversicherungsträger jährlich über die Rentenansprüche informieren.

¹⁴ Das wird sich möglicherweise dann ändern, wenn den Bürgern die Risiken des Kapitaldeckungsverfahrens in stärkerem Maße als bisher bewußt werden.

Tabelle 5: Erwartet Absicherung im Alter

	Ich werde im Alter ... abgesichert sein			
	Gut	Eher gut	Eher schlecht	Schlecht
	(Angaben in Prozent)			
Insgesamt¹	8	36	45	11
Geschlecht				
Männer	8	37	47	9
Frauen	8	35	43	14
Alter				
30-39 Jahre	8	27	52	13
40-49 Jahre	4	43	41	12
50-59 Jahre	11	40	41	8
Einkommenschichten²				
Oberschicht	21	47	31	1
Obere Mittelschicht	4	57	35	4
Mittelschicht	7	37	47	9
Untere Mittelschicht	6	24	51	19
Unterschicht	3	14	57	27
Erwerbsgruppen				
Selbständige	16	43	32	9
Beamte	21	54	24	1
Leitende und hochqualifiz. Angestellte	7	39	44	9
Qualifizierte und einfache Angestellte	5	39	43	13
Facharbeiter und Meister	4	25	57	14
Un- und angelernte Arbeiter	4	22	53	21

Anmerkungen: (1) vgl. den Wortlaut der Frage S35 im Anhang A.2.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Bis dahin werden sich zusätzliche private Vorsorgemaßnahmen vermutlich eher in geringem Maße auf die Erwartung, im Alter gut abgesichert zu sein, auswirken. Zumindest für den Beobachtungszeitraum läßt sich kein positiver Zusammenhang zwischen zusätzlicher Vorsorge und erwarteter Absicherung nachweisen. Obwohl 2001 mehr zusätzlich privat vorgesorgt wurde als 1998, ist der Anteil derer, die meinen, im Alter gut bzw. eher gut gesichert zu sein, nicht größer geworden, sondern sogar leicht zurückgegangen. Die Medienberichte über die Krise der GRV und die Notwendigkeit, stärker als bisher zusätzlich privat vorzusorgen, dürften hierzu maßgeblich beigetragen haben.

Wenn sich zum Zeitpunkt 2001 auf der Ebene der Bevölkerungsgruppen dennoch eine gewisse Übereinstimmung zwischen privater Vorsorge und erwarteter Absicherung im Alter ergibt, dann ist diese Tatsache vermutlich vor allem auf die unterschiedliche Abhängigkeit von den Leistungen der GRV zurückzuführen. Am größten ist die Zuversicht

bei denen, deren Alterseinkommen nicht von der ungewissen Entwicklung der GRV abhängig ist, mit anderen Worten bei denen, die vollständig privat vorsorgen (Selbständige), die vom Staat versorgt werden (Beamte) oder die eine umfassende betriebliche Altersvorsorge besitzen (leitende und hochqualifizierte Angestellte). Die größten Sorgen machen sich dagegen jene, die später einmal weitgehend auf die Leistungen der GRV angewiesen sein werden, weil sie über keine nennenswerte betriebliche oder private Zusatzversorgung verfügen. Hierzu gehört beispielsweise die Mehrheit der bereits erwähnten un- und angelernten Arbeiter.

5.4 Überprüfung und Optimierung des Kausalmodells

Die Überprüfung und Optimierung des weiter oben vorgestellten Kausalmodells (vgl. Abbildung 1) erfolgte in mehreren Schritten. Nach den ersten Berechnungen wurde deutlich, daß das Modell in der vorliegenden Form ungeeignet ist.¹⁵ Daraufhin wurden in einem zweiten Schritt alle nicht-signifikanten Verbindungen entfernt.¹⁶ Doch auch das reduzierte Modell erbrachte noch keine befriedigenden Resultate hinsichtlich der Modellgüte.¹⁷ Deshalb wurden sukzessive die Größen entfernt, die das Beziehungsgeflecht nur unwesentlich beeinflussen: Verbeamtung¹⁸, Alter¹⁹ und Selbständigkeit.²⁰ Auf diese Weise wurde ein Modell gefunden, das sich auch durch weitere Variationen nicht verbessern ließ (vgl. Abbildung 2). Verglichen mit dem komplexen Ausgangsmodell ist die aufgefundene Struktur relativ einfach: Im Zentrum steht eine einfache Kausalkette von der Vorsorgebereitschaft über den Besitz einer privaten Altersvorsorge bis hin zur Erwartung, im Alter gut abgesichert zu sein. Signifikante Wirkungen auf diese Kausalkette gehen lediglich von den Ressourcen, der Bildung und dem Einkommen aus. Hierbei sind sowohl direkte als auch indirekte Effekte zu beobachten.

¹⁵ Die Analysen wurde mit dem Programm AMOS graphics 4.01 durchgeführt. Chi-square = 292,7, Degrees of freedom = 14, Probability level = 0,000. Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit, das vorliegende Modell fälschlicherweise zu verwerfen, liegt bei Null.

¹⁶ Als nicht signifikant erwiesen sich die folgenden Relationen: Geschlecht → Vorsorgebereitschaft, Geschlecht → Private Altersvorsorge, Geschlecht → Erwartete Absicherung, Alter → Private Altersvorsorge, Bildungsniveau → Erwartete Absicherung, Verbeamtung → Vorsorgebereitschaft, Verbeamtung → Private Altersvorsorge, Erwartete Absicherung → Vorsorgebereitschaft. Kriterium: Der Betrag des critical ratio ist kleiner als 2,0.

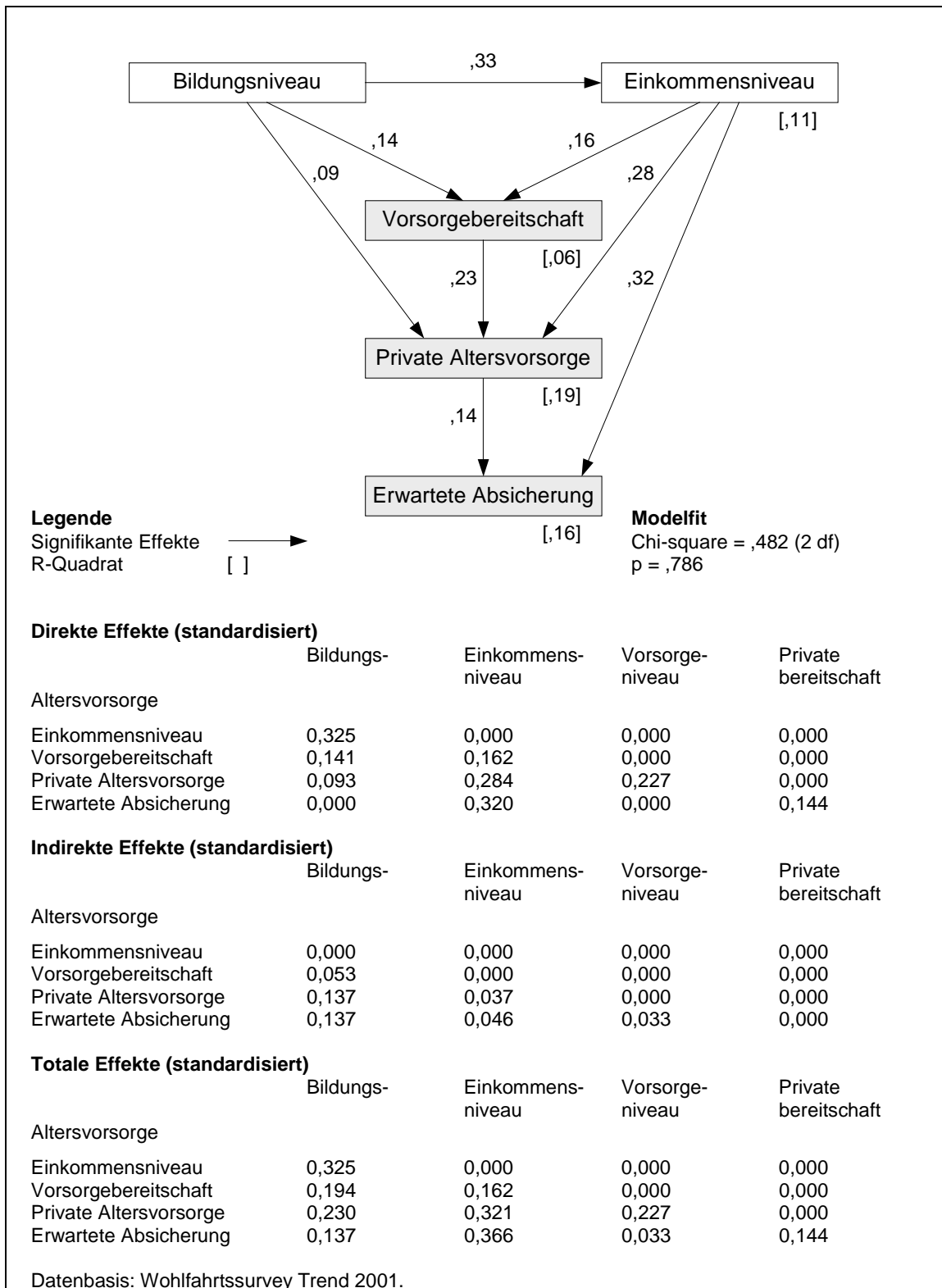
¹⁷ Chi-square = 233,9, Degrees of freedom = 14, Probability level = 0,000.

¹⁸ Chi-square = 96,7, Degrees of freedom = 8, Probability level = 0,000.

¹⁹ Chi-square = 70,8, Degrees of freedom = 4, Probability level = 0,000.

²⁰ Chi-square = 0,48, Degrees of freedom = 2, Probability level = 0,786. Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit, das vorliegende Modell fälschlicherweise zu verwerfen, ist sehr hoch.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen, Vorsorgebereitschaft, Vorhandensein einer privaten Altersvorsorge und der erwarteten Absicherung im Alter



Das Bildungsniveau beeinflusst ganz unmittelbar das Einkommensniveau und die Bereitschaft, privat vorzusorgen.²¹ Auf den Besitz einer privaten Altersvorsorge und die erwartete Absicherung im Alter wirkt sich die Bildung dagegen eher indirekt aus (vgl. Abbildung 2, direkte und indirekte Effekte).

Als Schlüsselvariable des Modells erweist sich das Einkommensniveau. Je höher das Einkommen, desto größer ist die Bereitschaft, privat vorzusorgen, desto eher wird bereits privat für das Alter vorgesorgt und desto häufiger wird erwartet, im Alter gut gesichert zu sein. Die Auswirkungen des Einkommens auf die private Altersvorsorge und die erwartete Absicherung insgesamt übersteigen die des Bildungsniveaus deutlich (vgl. Abbildung 2, totale Effekte).

Die vermuteten Effekte der Faktoren Alter, Geschlecht, Selbständigkeit und Verbeamtung erwiesen sich dagegen als entweder nicht signifikant oder als insgesamt zu klein, um einen signifikanten Beitrag zum Gesamtmodell leisten zu können.²² Erst nachdem diese Faktoren entfernt wurden, ergab sich eine Struktur mit einer akzeptablen Modellgüte.

5.5 Einkommensniveau und Vorsorgebereitschaft als Determinanten des Besitzes einer privaten Altersvorsorge

Die größten direkten Effekte auf die Chance, zusätzlich privat für das Alter vorzusorgen, haben das Einkommen und die Vorsorgebereitschaft (vgl. Abbildung 2, direkte Effekte). Im folgenden soll auf der Basis einer logistischen Regression die geschätzte Wahrscheinlichkeit für den Besitz einer privaten Altersvorsorge in Abhängigkeit vom Einkommen und der Vorsorgebereitschaft bestimmt werden. Das Ziel besteht darin, mit Hilfe einer grafischen Darstellung die Auswirkungen beider Faktoren exakter zu beschreiben. Die Berechnung ergab folgende Resultate (vgl. Tabelle 6).

²¹ Es werden drei Bildungsniveaus unterschieden: Unteres Niveau: ohne berufsbildenden Abschluß (Un- und Angelernte); Mittleres Niveau: Facharbeiterabschluß; Oberes Niveau: Abschluß einer Fachschule, einer Fachhochschule bzw. einer Hochschule o.ä. vorhanden.

²² Das schließt signifikante Effekte zwischen einzelnen Größen nicht aus. Beispielsweise meinen Beamte häufiger, im Alter gut gesichert zu sein, bei Älteren ist die Vorsorgebereitschaft geringer, und Selbständige haben häufiger eine private Altersvorsorge. Doch diese Effekte sind verglichen mit dem Bildungs- bzw. dem Einkommensniveau nur von marginaler Bedeutung.

Tabelle 6: Einflußgrößen für den Besitz einer privaten Altersvorsorge

	Logistische Regression - Koeffizientenblock					
	Koeffizient	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]	
Unabhängige Variablen¹						
Bereitschaft zu privater Vorsorge (b ₁)	1.1251	.1466	7.67	0.000	0.8377	1.4124
HH-Einkommen (bedarfsgewichtet) (b ₂)	0.0018	.0002	9.86	0.000	0.0014	0.0021
Konstante (b ₀)	-1.9085	.2048	-9.32	0.000	-2.3099	-1.5071

Modellfit-Block: N = 1029; LR $\chi^2(2) = 218.83$; Prob > $\chi^2 = 0.0000$; Log likelihood = -574.86906; $p^2_{MF} = 0.1599$; $r^2_{\text{count}} = 72.1\%$; $r^2_{\text{Adjusted count}} = 27.0\%$.

Anmerkungen: (1) Zur Konstruktion der abhängigen Variablen vgl. Anhang A.3.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

(1) Modellzusammenfassung und Klassifikationstest

Zur Beurteilung der allgemeinen Modellgüte werden im Modellfit-Block (vgl. Tabelle 6) drei Maßzahlen ausgewiesen: McFaddens Pseudo- r^2 (p^2_{MF}), der Likelihood-Ratio- χ^2 -Wert (LR χ^2) und die Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese (Prob > χ^2). Die ermittelten Werte lassen den Schluß zu, daß das berechnete Modell signifikant besser ist als das Nullmodell. Mit anderen Worten: In ihrer Gesamtheit erhöhen die beiden unabhängigen Variablen, das Einkommensniveau und die Vorsorgebereitschaft die Wahrscheinlichkeit des Modells in signifikantem Maße. Eine präzisere Einschätzung der Modellgüte ermöglicht ein sogenannter Klassifikationstest (vgl. hierzu Kohler/Kreuter 2001: 273 ff.). Von den 1029 Fällen, die bei der Berechnung des Modells berücksichtigt wurden, konnten insgesamt 742 Fälle bzw. 72,1 Prozent (r^2_{Count}) korrekt klassifiziert werden.²³ Das entspricht einem Rückgang der Fehlerquote um 27,0 Prozent ($r^2_{\text{Adjusted Count}}$).²⁴

²³ Von den 636 Personen, die tatsächlich eine private Altersvorsorge besitzen, wurden bei Kenntnis der unabhängigen Variablen 518 Personen der richtigen Kategorie „private Altersvorsorge vorhanden“ zugeordnet. Die Sensitivität des Modells beträgt somit 81,5 Prozent. Von den 393 Personen, die tatsächlich keine private Altersvorsorge besitzen, wurden 224 in die richtige Kategorie „keine private Altersvorsorge vorhanden“ eingeordnet. Die Spezifität des Modells beziffert sich damit auf 57,0 Prozent. Insgesamt wurden 742 Fälle (518+224 Fälle) korrekt zugeordnet, d. h. 72,1 Prozent von den insgesamt 1029 Fällen.

²⁴ Wenn man nur von der Randverteilung der unabhängigen Variablen Kenntnis hätte, d. h. lediglich wüßte, daß die Mehrheit eine private Altersvorsorge besitzt, dann würde man - um möglichst viele Fälle korrekt zu klassifizieren - alle 1029 Fälle der Kategorie „private Altersvorsorge vorhanden“ zuordnen. Man hätte dann ohne Kenntnis der unabhängigen Variablen 636 von 1029 Fällen richtig klassifiziert. Das wären immerhin 61,8 Prozent. 393 Fälle bzw. 38,2 Prozent der Fälle wären falsch klassifiziert. Berücksichtigt man dagegen die beiden unabhängigen Variablen, dann verbessert sich die Quote der korrekt klassifizierten Fälle von 61,8 Prozent auf 72,1 Prozent, d. h. die Fehlerquote verringert sich von 38,2 Prozent auf 27,9 Prozent - also um 27,0 Prozent.

(2) Zur Signifikanz der Einflußgrößen

Die Bereitschaft zur zusätzlichen privaten Vorsorge wirkt sich in signifikantem Maße aus. Die Chance, eine private Altersvorsorge zu haben, ist bei denen, die grundsätzlich bereit sind, zusätzlich vorzusorgen, etwa 3,1mal so groß wie bei denen, die nicht bereit sind, dies zu tun.²⁵ Erwartungsgemäß wirkt sich auch das Einkommensniveau positiv aus. Mit jedem zusätzlichen Euro, der als bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung steht, vergrößert sich die Chance auf eine private Altersvorsorge um das 1.0018fache.²⁶

Erst durch die Berechnung der geschätzten Wahrscheinlichkeiten und deren grafische Darstellung lassen sich der Einfluß der beiden Faktoren und ihr Zusammenwirken vollständig erfassen (vgl. Abbildung 3). Die geschätzte Wahrscheinlichkeit wurde wie folgt berechnet (vgl. hierzu Kohler/Kreuter 2001: 268 ff.):

$$p^* = \exp(b_0 + b_1 * x_1 + b_2 * x_2) / (1 + \exp(b_0 + b_1 * x_1 + b_2 * x_2))$$

mit p^* als geschätzte Wahrscheinlichkeit, eine private Altersvorsorge zu besitzen, x_1 als Bereitschaft, privat vorzusorgen (bereit = 1, nicht bereit = 0) und x_2 als bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (in Euro).

Die Abbildung macht deutlich, daß sich das Haushaltseinkommen in unterschiedlichem Maße auf die Wahrscheinlichkeit, eine private Altersvorsorge zu besitzen, auswirkt. Im unteren Einkommensbereich ist der Effekt sehr stark und nahezu linear. Mit steigendem Einkommen nimmt er immer weiter ab, um im oberen Bereich schließlich gegen Null zu tendieren. Eine Grenze läßt sich bei etwa 1500 Euro ziehen: Unterhalb dieser Einkommensgrenze ist der Effekt relativ groß, darüber nahezu bedeutungslos.

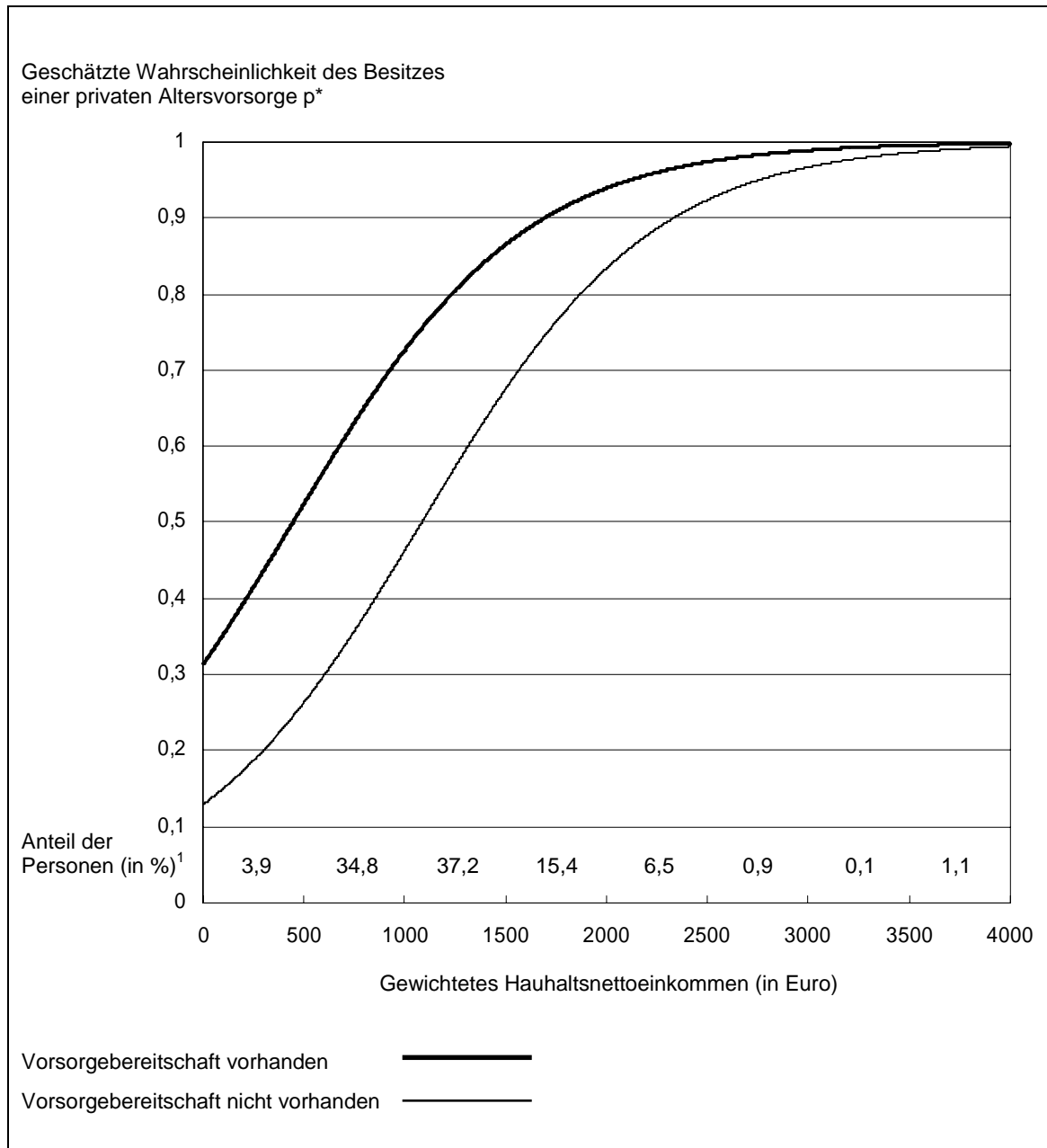
Generell fällt bei denen, die zur zusätzlichen privaten Vorsorge bereit sind, die Wahrscheinlichkeit, eine private Altersvorsorge zu besitzen, größer aus. Der Abstand zwischen den beiden Wahrscheinlichkeitskurven variiert mit der Höhe des Einkommens. Bei einem Einkommensniveau von 1000 Euro beträgt die Differenz 0,26 Skalenpunkte, bei 2000 Euro sind es 0,11 Skalenpunkte und bei 3000 sind es nur noch 0,02 Punkte. Am größten ist sie mit 0,27 Skalenpunkten bei 760 Euro. Von diesen Befunden ausge-

²⁵ Der Odds Ratio für die Vorsorgebereitschaft beträgt $e^{1,1251} = 3,0805$.

²⁶ Der Odds Ratio für das gewichtete Haushaltsnettoeinkommen (in Euro) beträgt $e^{0,0018} = 1,0018$. Für 100 Euro ergibt sich ein Odds Ratio von $e^{0,0018 * 100} = 1,1972$, - d. h. mit zusätzlichen 100 Euro, die als bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung stehen, vergrößert sich die Chance auf eine private Altersvorsorge um das 1,2fache.

hend lassen sich einige Schlußfolgerungen hinsichtlich der Notwendigkeit und Wirksamkeit staatlicher Zulagenprogramme ableiten (vgl. Abschnitt 7).

Abbildung 3: Geschätzte Wahrscheinlichkeit des Besitzes einer privaten Altersvorsorge nach Einkommenshöhe und Vorsorgebereitschaft



Anmerkungen: (1) Verteilung der 30- bis unter 60jährigen auf die Einkommensgruppen, Lesebeispiel: 37,2 Prozent der 30- bis unter 60jährigen verfügen über ein bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von 1000 bis unter 1500 Euro.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

6 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Im Mittelpunkt dieses Beitrages standen Analysen zur Verbreitung der privaten Altersvorsorge, zur Vorsorgebereitschaft und zur erwarteten Absicherung im Alter. Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich in fünf Thesen zusammenfassen, die im folgenden kurz diskutiert werden sollen:

(1) Zwei Drittel der Bundesbürger im Alter von 30 bis unter 60 Jahre sind im Besitz einer privaten Altersvorsorge. Wie ist dieser überraschend hohe Wert einzuschätzen? Für Vergleiche stehen nur wenige Studien zur Verfügung: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2001 rund 39 Prozent der Bevölkerung (15 Jahre und älter) im Besitz einer Lebens- bzw. Rentenversicherung (Statistisches Bundesamt 2002: 78). Da Lebens- und Rentenversicherungen nur zwei - wenn auch bedeutende - Möglichkeiten darstellen, privat für das Alter vorzusorgen, widerspricht dieses Resultat auf der Grundlage des Mikrozensus nicht den Befunden des Datenreports.

Eine bessere Vergleichsmöglichkeit bietet eine vom Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA) in Auftrag gegebene Studie (vgl. Deutsches Institut für Altersvorsorge 2002). Von den 18- bis 65jährigen Bundesbürgern, die im Rahmen dieser Untersuchung befragt wurden, meinten 49 Prozent, sie würden bereits „in ausreichendem Maße privat für das Alter vorsorgen“, 26 Prozent sagten, sie würden dies „in einem bisher nicht ausreichenden Maße“ tun, und 25 Prozent erklärten, sie hätten „keine private Altersvorsorge“ (ebenda: 8). Bei dieser Studie ergibt sich demnach eine ganz ähnliche Größenordnung, so daß der mit dem Wohlfahrtssurvey 2001 ermittelte Wert als plausibel eingestuft werden kann.

(2) Die einzelnen Bevölkerungsgruppen sind in unterschiedlichem Maße in der Lage, zusätzlich privat für das Alter vorzusorgen. Die größten Differenzen bestehen zwischen den Einkommenslagen. Die überwiegende Mehrheit der Wohlhabenden sorgt privat vor, ein Großteil der Geringverdienenden kann sich dies aus finanziellen Gründen nicht leisten. Diese Befunde stehen im Einklang mit den Ergebnissen einer Reihe weiterer Untersuchungen. Nach den Daten des vom Statistischen Bundesamt erhobenen Mikrozensus 2001 zufolge lag der Anteil derjenigen, die eine Lebens- bzw. Rentenversicherung besitzen, in der unteren Einkommensgruppe (weniger als 511 Euro Nettoeinkommen je Monat) bei 22 Prozent. In der obersten Gruppe (3068 Euro und mehr) waren es dagegen 65 Prozent (Personen 15 Jahre und älter; Statistisches Bundesamt 2002: 78). Diese Befunde entsprechen im wesentlichen früheren Beobachtungen mit derselben Datenbasis (vgl. Bulmahn 1998: 16).

(3) Der Anteil der 30- bis unter 60jährigen, die über eine private Altersvorsorge verfügen, ist im Zeitraum von 1998 bis 2001 um 14 Prozentpunkte gestiegen. Wenn die Entwicklung weiter anhält, dann werden im Jahr 2005 bereits mehr als 80 Prozent der 30- bis unter 60jährigen im Besitz einer privaten Altersvorsorge sein. Doch einfache Interpolationen geben nur ungefähre Anhaltspunkte, zumal wenn es sich wie in diesem Fall um Wachstumsprozesse handelt, die zu einem Sättigungsniveau führen. Bereits heute scheint bei einigen Bevölkerungsgruppen dieser Punkt erreicht zu sein. So lassen sich bei den Selbständigen - etwa neun von zehn Selbständigen sorgen privat für das Alter vor - keine signifikanten Veränderungen mehr feststellen.

(4) Die Bereitschaft zur zusätzlichen privaten Vorsorge ist überraschend groß. Jeder zweite Bundesbürger im Alter von 30 bis unter 60 Jahre ist bereit, einen Teil seines verfügbaren Einkommens für eine private Zusatzversicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter zu verwenden. In Anbetracht dieser Tatsache weisen Spekulationen des DIA-Sprechers, der Abschluß einer Riester-Rente könnte künftig möglicherweise für alle Beitragszahler der GRV verpflichtend sein, in eine falsche Richtung (vgl. FAZ vom 11. April 2002: 8).

(5) Von den betrachteten Einflußgrößen wirkt sich das Einkommensniveau am stärksten auf die Chance aus, eine private Altersvorsorge zu besitzen. Dieses Ergebnis entspricht weitgehend den Resultaten anderer Studien auf der Basis des Mikrozensus (vgl. Bulmahn 1999) bzw. auf der Grundlage der Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland 1996“ (Stegmann/Bieber 2000; vgl. hierzu auch Bruno-Latocha 2000). Bei der vorliegenden Untersuchung ist darüber hinaus deutlich geworden, daß der Effekt des Einkommens im unteren Einkommensbereich am größten ist. Aus dem Kurvenverlauf (vgl. Abbildung 3) läßt sich konkret folgern, daß finanzielle Anreize zum Aufbau einer privaten Altersvorsorge im Einkommensbereich über 1500 Euro (bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen) keine wesentliche Wirkung mehr entfalten.

7 Schlußfolgerungen

In Anbetracht der Herausforderungen, vor denen die Alterssicherung in Deutschland steht, war die Rentenreform 2001 zweifellos ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Die Chancen und Risiken, die sich durch die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge ergeben, sollten jedoch gerechter verteilt werden. Die staatliche Förderung der privaten Vorsorge sollte hierzu stärker als bisher beitragen.

Für die unteren Einkommensgruppen sind die finanziellen Möglichkeiten, ausreichend für das Alter vorzusorgen, nach wie vor sehr gering. Zwar wird immer wieder hervorgehoben, daß die Förderquoten, d. h. das Verhältnis der Zulagen zum Mindest-Sparbetrag, vergleichsweise hoch sind. Doch weil der Gesamt-Sparbetrag für diesen Personenkreis viel zu klein ausfällt, wird diese zusätzliche Vorsorge später nicht vor Unterversorgung und Armut schützen. Denen zu helfen, die sich eine ausreichende private Altersvorsorge nicht leisten können - das sollte die Aufgabe der staatlichen Unterstützung sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Förderrichtlinien des AVmG grundlegend überarbeitet werden.

Staatliche Unterstützung sollte nur denen gewährt werden, die sich den Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge nicht leisten können. Die überwiegende Mehrheit der Geringverdienenden kann nicht zusätzlich privat bzw. betrieblich vorsorgen und wird deshalb im Alter vor allem auf die Grundversorgung durch die GRV angewiesen sein. Ob deren Leistungen dann noch ausreichen werden, um Unterversorgung und Armut zu verhindern, muß bezweifelt werden. Das Ziel sollte deshalb darin bestehen, einkommensschwachen Personen, die bereit sind vorzusorgen, eine eigenverantwortliche Vorsorge zu ermöglichen. Der Förderbetrag sollte dabei so bemessen werden, daß die Sparfähigkeit dieser Personen signifikant erhöht wird.

Auf pauschale Grundzulagen bzw. Entlastungen für alle Bürger sollte dagegen verzichtet werden. Wenn man gehofft hat, mit der staatlichen Förderung die Attraktivität der zertifizierten Vorsorgeprodukte zu erhöhen, dann belegt die geringe Nachfrage nach diesen Angeboten die Wirkungslosigkeit dieser Maßnahme. Die vorliegenden Analysen machen zudem deutlich, daß Zulagen im oberen Einkommensbereich die Vorsorgechancen nur noch marginal beeinflussen. Staatliche Zuschüsse zum Aufbau einer privaten Altersvorsorge sind für diesen Personenkreis überflüssig und wirkungslos.

Literaturverzeichnis

- Bäcker, Gerhard*, 1997: Der Sozialstaat hat eine Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 48-49/97: 12-20.
- Bäcker, Gerhard*, 1998: Reform statt Systemwechsel. Zukunft der Rentenversicherung. Der Sozialstaat auf dem Prüfstand (Teil II). In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 5: 170-175.
- Balodis, Holger* und *Dagmar Hühne*, 2001: 2001- Odyssee der Rentenreform - Teil 3. [im Internet unter www.wdr.de/tv/markt/archiv/01/0122_1.html].
- Behrendt, Christina*, 2000: Private pensions - a viable alternative? Their distribution effects in a comparative perspective. In: International Social Security Review 3: 3-29.
- Berthold, Norbert*, 2001: Der Sozialstaat der Zukunft - mehr Markt weniger Staat. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 1: 22-43.
- Biedenkopf, Kurt H.*, 1985: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung. München: Piper.
- Biedenkopf, Kurt H.*, 1998: Von der Arbeitnehmerrente zur Bürgerrente. Das Konzept der Grundsicherung im Alter für alle Bürgerinnen und Bürger. Manuskript.
- Borchert, Jürgen*, 1996: Sozialstaat unter Druck. In: Universitas - Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft 51: 318-330.
- Börsch-Supan, Axel*, 2001: Rentabilitätsvergleiche um Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren. Konzepte, empirische Ergebnisse, sozialpolitische Konsequenzen. S. 207-233 in: *Engelbert Theurl* (Hg.): Der Sozialstaat an der Jahrtausendwende. Analysen und Perspektiven. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Börsch-Supan, Axel*, 2001: The German retirement insurance system (Das deutsche Rentenversicherungssystem). S. 13-38 in: *Axel Börsch-Supan* und *Meinhardt Miegel* (Hg.): Pension reform in six countries. What can we learn from each other. Berlin: Springer Verlag.
- Börsch-Supan, Axel* und *Meinhardt Miegel* (Hg.), 2001: Pension reform in six countries. What can we learn from each other. Berlin: Springer Verlag.
- Börsch-Supan, Axel, Meinhard Miegel, Verena Brombacher Steiner, Lans A. Bovenberg, Lex Meijdam, Richard Disney, David A. Wise* und *Klaus Schmidt-Hebbel*, 1999: Reformerfahrungen im Ausland. Gesetzliche Alterssicherung - Ein systematischer Vergleich in sechs Ländern. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Breyer, Friedrich*, 1998: Individuelle und kollektive Sicherungsversprechen im demographischen Wandel. S. 48-76 in: *Barbara Seel* (Hg.): Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft. Perspektiven sozialer Sicherung zwischen Selbstverantwortung und Solidarität. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

- Bruno-Latocha, Gesa*, 2000: Betriebliche und private Altersvorsorge in Deutschland. Empirische Befunde und Perspektiven. In: Deutsche Rentenversicherung 3-4: 139-164.
- Bulmahn, Thomas*, 1998: Altersvorsorge im Wandel. S. 300-322 in: *Paul Lüttinger* (Hg.): Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus. Reihe: Zuma-Nachrichten Spezial Bd. 6, Mannheim, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.
- Deutsches Institut für Altersvorsorge* (Hg.), 1999: Die Versorgungssillusion. Rentenwunsch und Rentenwirklichkeit. Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge Köln [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Deutsches Institut für Altersvorsorge* (Hg.), 2001: Frauen und ihre Altersvorsorge II. Wunsch und Wirklichkeit. Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge Köln [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Deutsches Institut für Altersvorsorge* (Hg.), 2002: Das DIA-Rentenbarometer. Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge Köln [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Föste, Wilga* und *Peter Janßen*, 1997: Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates im Urteil der Bevölkerung. Schriftenreihe zur Ordnungspolitik 3, Bonn.
- Hauser, Richard* (Hg.), 1998: Alternative Konzeptionen der sozialen Sicherung. Reihe: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 265, Berlin: Duncker & Humblot.
- Hauser, Richard* (Hg.), 2000: Die Zukunft des Sozialstaats. Reihe: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 271, Berlin: Duncker & Humblot.
- Hinrichs, Karl*, 2000: Von der Rentenversicherungs- zur Alterssicherungspolitik. Reformen und Reformprobleme. S. 291-317 in: *Karl Hinrichs, Herbert Kitschelt* und *Helmut Wiesenthal* (Hg.): Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hinrichs, Karl*, 2001: Armutsfeste Grundsicherung im Alter. Ausländische Modelle und die jüngste Rentenreform in Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform 3: 223-254.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln* (Hg.), 1997: Reform des Sozialstaats. Vorschläge, Argumente, Modellrechnungen zur Alterssicherung. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Jaeger, Klaus* und *Burkhard Utecht*, 2002: Lohnt die Riester-Rente? In: Informationsdienst Wissenschaft (idw) [im Internet unter: www.idw-online.de].
- Katzenstein, Bernd* und *Markus Jähnig*, 2001: Die Deutschen und ihr Geld. Einkommen, Vermögen und Alterssicherung. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1994: Staat und Wohlfahrtsproduktion, In: *Hans-Ulrich Derlien, Uta Gerhardt* und *Fritz W. Scharpf* (Hg.): Systemrationalität und Partialinteresse, Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1997: Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaates. In: Berliner Journal für Soziologie 1: 5-19.

- Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter*, 2001: Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- Kolland, Franz*, 2000: Ökonomisierung des Privaten - Privatisierung des Öffentlichen. Das Beispiel der Generationengerechtigkeit. S. 257-282 in: *Manfred Prisching* (Hg.): Ethik im Sozialstaat. Wien: Passagen-Verlag.
- Krupp, Hans-Jürgen und Joachim Weeber*, 1997: Pro und Kontra Grundrente - Eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht. In: Deutsche Rentenversicherung 3/4: 205-219.
- Lampert, Heinz* (1997): Krise und Reform des Sozialstaates, Finanzwissenschaftliche Schriften Nr. 82.
- Leibfried, Stephan und Uwe Wagschal* (Hg.), 2000: Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven. Reihe: Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Bd. 10. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Miegel, Meinhard*, 1981: Sicherheit im Alter. Plädoyer für die Weiterentwicklung des Rentensystems. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell.
- Miegel, Meinhard*, 2000: Die gesetzliche Rentenversicherung unter Anpassungsdruck. Studie herausgegeben vom Deutschen Institut für Altersvorsorge Köln, [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Miegel, Meinhard und Stefanie Wahl*, 1985: Gesetzliche Grundsicherung - Private Vorsorge. Der Weg aus der Rentenkrise. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell.
- Müller, Horst-Wolf und Roland Tautz*, 1996: Ein Grundrentensystem ist teuer! In: Deutsche Rentenversicherung 12: 770-783.
- Nullmeier, Frank*, 2000: Entsolidarisierungsprozesse und der Triumph der Mikromoralen. S. 327-346 in: *Robert Hettlage und Ludgera Vogt* (Hg.): Identitäten in der modernen Welt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pitschas, Rainer*, 1995: „Schutzstaat“ oder Sicherheit als gesellschaftlicher Mehr-Wert staatliche Integration als nationaler Wertekonflikt. S. 57-67 in: *Volker J. Kreyher und Carl Böhret* (Hg.): Gesellschaft im Übergang. Problemaufrisse und Antizipationen. Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft.
- Rolf, Gabriele und Gert Wagner* (1996): Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Stand und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 35/96: 23-32.
- Remsperger, Hermann*, 2000: Perspektiven der Alterssicherung in Deutschland. S. 418-426 in: *Stephan Leibfried und Uwe Wagschal* (Hg.): Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Ruland, Franz*, 2000: Die Rentenversicherung in Deutschland im Zeichen der Jahrhundertwende. In: Deutsche Rentenversicherung 1-2: 23-49.

- Schlomann, Heinrich*, 1992: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. Reihe: Schriftenreihe Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schmähl, Winfried*, 1993: Alterssicherung in der Diskussion. Finanzierungsverfahren, staatliche versus private Alterssicherung und die Bedeutung von Eigenvorsorge. S. 465-477 in: *Albrecht Iwersen* und *Egon Tuchtfeldt* (Hg.): Sozialpolitik vor neuen Aufgaben. Horst Sanmann zum 65. Geburtstag. Reihe: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 56, Bern: Haupt-Verlag.
- Schmähl, Winfried* (1997): Alterssicherung zwischen Vorsorge und Versorgung. Konzeptionen, Entwicklungstendenzen und eine Entwicklungsstrategie für die deutsche Alterssicherung. S. 1006-1020 in: *Stefan Hradil* (Hg.): Differenz und Integration: Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Schmähl, Winfried* (1998): Perspektiven der Alterssicherung - Anmerkungen zu Konzeptionen und Instrumenten. S. 154-177 in: *Barbara Seel* (Hg.): Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft. Perspektiven sozialer Sicherung zwischen Selbstverantwortung und Solidarität. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Schmähl, Winfried*, 2000: Auf dem Weg zur nächsten Rentenreform in Deutschland Anmerkungen zu Konzepten, Maßnahmen und Wirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 35-36/2000: 8-21.
- Schnabel, Reinhold*, 2001: Rentenreform 2001. Studie herausgegeben vom Deutschen Institut für Altersvorsorge Köln, [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Schnabel, Reinhold* und *Meinhard Miegel*, 2001: Rentenreform 2001. Auf dünnem Eis gebaut. Studie herausgegeben vom Deutschen Institut für Altersvorsorge Köln, [im Internet unter www.dia-vorsorge.de].
- Schwarz, Karl*, 1999: Bedeutung der Lebenserwartung und Kinderzahl für die Altersversorgungssysteme. In: Deutsche Rentenversicherung 10-11: 650-658.
- Schwarze, Johannes*, 1998: Der Einfluss alternativer Konzeptionen von Alterssicherungssystemen auf Sicherungsniveau, Altersarmut und Einkommensverteilung. Ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA. S. 127-168 in: *Richard Hauser* (Hg.): Alternative Konzeptionen der sozialen Sicherung. Reihe: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 265, Berlin: Duncker & Humblot.
- Seel, Barbara* (Hg.), 1998: Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft. Perspektiven sozialer Sicherung zwischen Selbstverantwortung und Solidarität. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Statistisches Bundesamt* (Hg.), 2002: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2001.
- Stegmann, Michael* und *Ulrich Bieber* 2000: Wer nutzt private Altersvorsorge? Der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Position und privater Altersvorsorge. Eine Analyse auf

Basis der Untersuchung Altersvorsorge in Deutschland 1996 (AVID '96). In: Deutsche Rentenversicherung 3-4: 165-187.

Storm, Andreas, 2000: 20 Thesen für eine generationengerechte Reform der Alterssicherung in Deutschland. In: Deutsche Rentenversicherung 1-2: 15-23.

Theurl, Engelbert, (Hg.), 2001: Der Sozialstaat an der Jahrtausendwende. Analysen und Perspektiven. Heidelberg: Physica-Verlag.

Verband deutscher Rentenversicherungsträger (Hg.) 2002: Finanzen/Zeitreihen. [im Internet unter www.vdr.de].

Viebrok, Holger und *Hendrik Dräther*, 1999: Alterssicherung auf der Grundlage von Sicherheit, Rentabilität und sozialer Verantwortung. Reihe: Informationsdienst / Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. -GVG-, Bd. 32, Berlin: Vollmer Verlag.

Viebrok, Holger und *Ralf K. Himmelreicher*, 2001: Verteilungspolitische Aspekte vermehrter privater Altersvorsorge. ZeS-Arbeitspapier 17/2001, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.

Wagner, Gert, 2000: Perspektiven der Alterssicherung. S. 113-166 in: *Richard Hauser* (Hg.): Die Zukunft des Sozialstaats. Reihe: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 271, Berlin: Duncker & Humblot.

Werding, Martin, 1998: Zur Rekonstruktion des Generationenvertrages. Ökonomische Zusammenhänge zwischen Kindererziehung, sozialer Alterssicherung und Familienleistungsausgleich. Reihe: Beiträge zur Finanzwissenschaft Bd. 3, Tübingen: Mohr-Siebeck.

Wille, Eberhard (Hg.), 1999: Entwicklung und Perspektiven der Sozialversicherung. Reihe: Wirtschaftsanalysen - Schriftenreihe des ZEW, Bd. 33, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Sonstige Literatur

Die Welt online vom 23. März 2002: Riester-Rente kein Verkaufsschlager.

FAZ vom 11. April 2002: Wenig Interesse an der Riester-Rente.

Anhang

A.1 Methodische Anmerkungen zur Erhebung des Wohlfahrtssurveys

A.1.1 Wohlfahrtssurvey 1998

Die folgenden Angaben zur Anlage und Durchführung der Untersuchung sind dem Methodenbericht für den Wohlfahrtssurvey 1998 entnommen.

Grundgesamtheit:	Alle in der Bundesrepublik in Privathaushalten lebenden deutschsprachigen Personen ab 18 Jahre. Die ausländische Wohnbevölkerung wurde in die Studie miteinbezogen.
Auswahlverfahren:	Standard Random (dreistufiges Verfahren). Erste Stufe: Systematische Zufallsauswahl von Sample Points. Zweite Stufe: Systematische Zufallsauswahl von Privathaushalten in den gewählten Sample Points durch Random-Route-Verfahren. Dritte Stufe: Auswahl der Befragungspersonen in den gewählten Privathaushalten mittels eines sogenannten Schwedenschlüssels.
Befragungsmethode:	Computergestützte Interviews im Rahmen von mündlichen, persönlichen Befragungen durch geschulte Interviewer (CAPI). Antwortvorgaben und Skalen wurden den Befragten vom Interviewer vorgelegt.
Befragungszeitraum:	Die Interviews wurden vom 21.10.1998 bis zum 15.12.1998 durchgeführt (einschließlich der Nachbearbeitung).
Ausschöpfung:	5600 Adressen (560 Sample Points mit je 10 Adressen) brutto, 3052 durchgeführte Interviews (56,3 %), 3042 ausgewertete Interviews (56,1 %), davon 2007 in Westdeutschland und 1035 in Ostdeutschland.
Gewichtung:	(1) Designgewichtung (Ziel: Ost-West-Proportion in bezug auf die Anzahl der Haushalte); (2) Gewichtung der Haushaltsstichprobe; (3) Transformation in Personenstichprobe; (4) Demographiegewichtung (Gewichtungsmerkmale: Altersgruppen, Geschlecht, Bundesland); (5) Entproportionalisierung (Ziel: Gewichtungsfaktoren für getrennte Auswertungen in Ost und West mit den tatsächlich realisierten Interviews).

A.1.2 Wohlfahrtssurvey Trend 2001

Grundgesamtheit:	Alle in der Bundesrepublik in Privathaushalten lebenden deutschen Staatsangehörigen ab 14 Jahre. Die ausländische Wohnbevölkerung wurde nicht in die Studie miteinbezogen.
Auswahlverfahren:	Standard Random (dreistufiges Verfahren). Erste Stufe: Systematische Zufallsauswahl von Sample Points. Zweite Stufe: Systematische Zufallsauswahl von Privathaushalten in den gewählten Sample Points durch Random-Route-Verfahren. Dritte Stufe: Auswahl der Befragungspersonen in den gewählten Privathaushalten mit Hilfe eines systematischen Auswahlchlüssels.
Befragungsmethode:	Computergestützte Interviews im Rahmen von mündlichen, persönlichen Befragungen durch geschulte Interviewer (CAPI). Antwortvorgaben und Skalen wurden den Befragten vom Interviewer vorgelegt.
Befragungszeitraum:	Die Interviews wurden von Anfang November bis Anfang Dezember 2001 durchgeführt.
Ausschöpfung:	5099 Adressen brutto, 4861 verbleibende Adressen (neutrale Ausfälle: 4,9 %), 2742 durchgeführte Interviews (56,4 %), 2732 ausgewertete Interviews (56,2 %), davon 1971 in Westdeutschland und 761 in Ostdeutschland.
Gewichtung:	(1) Gewichtung der Haushaltsstichprobe nach Bundesländern und Gemeindetypen; (2) Gewichtung der Personenstichprobe nach Bundesländern, Altersgruppen und Geschlecht.

A.2 Wortlaut der Fragen im Wohlfahrtssurvey Trend 2001

Im folgenden ist der Wortlaut der Fragen dokumentiert, wie sie im Wohlfahrtssurvey Trend 2001 bzw. im Wohlfahrtssurvey 1998 erhoben wurden. Die Numerierung der Fragen entspricht der des Wohlfahrtssurveys Trend 2001.

S15B9	<p>Bestimmte Dinge, die man kaufen oder sich leisten kann, machen ja den Lebensstandard der Menschen aus. Also zum Beispiel Wohnung, Kleidung, Essen, Auto, Erholung, Reisen. Hier sehen Sie eine Liste mit verschiedenen Dingen, die man zum Lebensstandard zählen kann. Wenn Sie jetzt an sich selbst denken, was davon haben bzw. tun Sie, was davon haben bzw. tun Sie nicht, weil Sie es sich nicht leisten können, was davon haben bzw. tun Sie aus anderen Gründen nicht?</p> <ul style="list-style-type: none"> • habe bzw. tue ich • habe bzw. tue ich nicht, weil ich es mir nicht leisten kann • habe bzw. tue ich aus anderen Gründen nicht <p>...</p> <p>Q) Private Altersvorsorge</p> <p>....</p>
S35	<p>Es gibt im Augenblick in Deutschland wieder Diskussionen über die Gestaltung der sozialen Sicherung. Wenn Sie an die Zukunft denken, was meinen Sie? Werden Sie in Zukunft im Alter</p> <ul style="list-style-type: none"> • gut • eher gut • eher schlecht • oder schlecht gesichert sein?
S40	<p>Um Ihr jetziges Niveau der sozialen Sicherung zu halten: Sind Sie persönlich bereit, dafür höhere Sozialabgaben und/oder Steuern in Kauf zu nehmen?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ja • Nein • Keine Angabe
S41	<p>Um Ihr jetziges Niveau der sozialen Sicherung zu halten: Sind Sie persönlich bereit, einen Teil Ihres verfügbaren Einkommens für eine private Zusatzversicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter zu verwenden?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ja • Nein • Keine Angabe
ZS	<p>Können Sie mir bitte sagen, wie hoch das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes ist? Ich meine also das gesamte Einkommen aller Mitglieder, die zum Haushaltseinkommen beitragen, nach Abzug der Steuern, Sozialabgaben und einmaliger Bezüge. Bitte vergessen Sie auch nicht, eventuelle zusätzliche Einnahmen wie Wohngeld, Kindergeld usw. zum Nettoeinkommen hinzuzurechnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • monatliches Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes: DM___ monatlich